

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4.50 Mk., monatlich 1.50 Mk.
 frei ins Haus, vorausschickbar Einzelne
 Nummern 10 Pf. Subskribenten: Monatlich
 1.50 Mk. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Ostpreußen-Ungarn
 2.— Mk. für das übrige Ausland
 4.50 Mk. monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 Mk.
 Postbestellungen nehmen an Dänemark,
 Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragen in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt 1 die siebengezeigte Anzeigen-
 zeile 50 Pf. „Kleine Anzeigen“,
 das ist, 20 Zeilen 2 Pf. 10 Pf. für
 10 Zeilen 2 Pf. 10 Pf. für 10 Zeilen
 und 10 Pf. für 10 Zeilen. Die
 ersten 10 Zeilen 10 Pf. für 10 Zeilen
 10 Pf. für 10 Zeilen. Die ersten 10
 Zeilen 10 Pf. für 10 Zeilen. Die
 ersten 10 Zeilen 10 Pf. für 10 Zeilen.
 Familien-Anzeigen 50 Pf. für
 politische u. amtliche Anzeigen
 10 Pf. für die erste, 5 Pf. für die
 zweite, 3 Pf. für die dritte, 2 Pf. für
 die vierte, 1 Pf. für die fünfte, 1 Pf.
 für die sechste, 1 Pf. für die
 siebte, 1 Pf. für die achte, 1 Pf.
 für die neunte, 1 Pf. für die zehnte.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 18. Januar 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sieg der Obstruktion im Wahlrechtsausschuss.

Der Wahlrechtsausschuss des Dreiklassenhauses hat am Donnerstag beschlossen, die Herrenhausvorlage vor der Wahlreform zu behandeln. Kein als Neugierlichkeit betrachtet, muß dieser Beschluß auf das preussische Volk verlegend wirken. Aber er bedeutet sachlich weit mehr als etwa bloß eine brutale Geste derer, die sich — nach des Januschauers Worten — als die „Dompteure“ des Volks mit der Peitsche in der Hand betrachten.

Der Beschluß bedeutet, daß wir uns in einem allgemeinen Krebsgang der inneren Politik befinden. Er ist — mit vielem Vorangegangenen — ein letztes und entscheidendes Symptom dafür, daß die Dreiklassenreaktion das preussische Volk um den Inhalt aller feierlichen Versprechungen, um sein Recht auf Selbstbestimmung, um freie künftige Entwicklung betrügen will.

Die sogenannte Herrenhausreform soll zunächst einen Damm gegen alle freiheitliche Fortentwicklung unseres staatlichen Lebens errichten. Auch das Herrenhaus, so reaktionär bis auf die Knochen es auch war, stellte bisher nur ein elastisches Hindernis gegen den Fortschritt dar. Sein rückständiger Wille konnte im äußersten Falle gebrochen werden durch den Vairdschub und das stärkere Budgetrecht des Abgeordnetenhauses. Beides soll beseitigt werden. Andererseits soll sich die innere Neugestaltung des Herrenhauses in so engen Rahmen halten, daß jeder „Gefahr“ einer auch nur schwachliberalen Mehrheit vorgebeugt ist. Kurz und gut: das Herrenhaus soll künftig ein in verfassungsgesetzlichem Sinne farras und unverrückbares Hindernis der Entwicklung werden.

Ist dies Bollwerk aufgerichtet, dann wollen sich die Herren, Volksdompteure freundlichst überlegen, wie weit man nun gegenüber der von allen Seiten eingezäunten Bestie die Peitsche weglegen darf. Steht das Herrenhaus unerschütterlich reaktionär, dann werden — o, welche Uebermaß der Gnade — sogar erbliche Konservern und Nationalliberale für das gleiche Wahlrecht stimmen. Etliche! Von ihrer Menge weiß man einfüßeln nur, daß es sehr wenige sind. Ob selbst dieser zweifelhafte Zugang eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht schaffen wird, darüber muß der sehr skeptisch urteilende, der noch am Donnerstag beobachten konnte, wie in der Wahlrechtskommission hintereinander zwei Nationalliberale über das gleiche Wahlrecht sprachen: der eine heldenhaft dafür, der andere heldenhaft dagegen!

Aber ob es überhaupt zur Abstimmung kommen wird? Die Taktik der Wahlrechtsgegner läuft ja darauf hinaus, diese Abstimmung auf die griechischen Kalenden zu verlagern! Ueber den Fortgang der Sache kann man sich leicht ein Bild machen: die Herrenhausvorlage wird jetzt zunächst mit all der „Gründlichkeit“ durchberaten, die Herr von Heydebrand schon am Tage der Einbringung der Vorlage angekündigt hat. Dieselben Herren, in deren Kreisen das Wort von der „Schwabhubde“ mit Bezug auf den Reichstag entstanden ist, wollen jetzt das Volk um sein Recht beschwören. Was gibt es da bei der Herrenhausvorlage nicht für allerliebste Gelegenheiten! Da in der ganzen Sache kein System außer der vollendeten Systemlosigkeit zum Ausdruck kommt, so wird natürlich jedes System des entlosten breitgetreten werden. Damit lassen sich schon einige Monate zubringen. Dann gibt es Parlamentsferien. Dann kommt vielleicht die Wahlrechtsvorlage, und dann ist man ja immer noch in der Kommission, und von dort zum Plenum ist noch ein weiter Schritt.

Dem Volke aber entwickelt sich ein groteskes Schauspiel. Während es mit Ungeduld auf die endliche Anerkennung seiner Taten und Opfer harret, unterhält sich die Wahledrige Kommission des Dreiklassenhauses über die Ausgestaltung einer Körperschaft, in der das Volk in seiner breiten Masse weder vertreten ist, noch eine gesetzliche Beanspruchung der Vertretung erhalten soll. Ein Heilschrei darüber erhebt sich, ob an die Stelle einiger Großagrarien ein paar Kommerzienräte rücken werden, man wird streiten über die Beteiligung der Superintendenten, Bischöfe und Universitätsprofessoren, während für die Arbeiter das trostreiche Wort abfällt, daß die Berufung einiger Weniger aus ihren Reihen auf Grund allerhöchsten Vertrauens „nicht ausgeschlossen“ sein soll. Und dieser Debatte wird man sich nicht schämen, während das Volk an den Fronten die Blutopfer, im Innern die mannigfachen Entbehrungen trägt, ohne daß seiner Rechte bisher gedacht worden ist.

Da will man sich und der Welt einreden, daß das Verlangen nach dem gleichen Wahlrecht „im Treibhause des Vorwärts“ grobgezogen sei, aber sonst nicht existiere. Die Herren kennen das Volk schlecht! Dem Volk ist allerdings das gleiche Wahlrecht kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, und zwar zu einem Zweck, über den sich mindestens vier Fünftel des Volkes einig sind: Daß nämlich ein ganz anderer Geist, ein ganz anderes System in

unser inner- wie auerpölitisches Leben, in unsere Regierungen wie gesetzgebenden Körperschaften einzziehen muß, als vor dem Kriege darinnen geherrsch hat. Das deutsche und preussische Volk will endlich als ein freies und mündiges Volk dastehen, hierzu gibt es aber nur einen friedlichen Weg, und der führt über das gleiche Wahlrecht in Preußen.

Da hat eben Herr von Valentini, der Chef des Zivilkabinetts, seinen Abschied genommen und ist durch einen anderen ersetzt worden. Formal war Valentini ein reiner Hofbeamter. Aber in allen Zeitungen steht zu lesen, daß er ein sehr wichtiger Mann gewesen sei, sozusagen der geheime Ernener des Reichskanzlers, also noch etwas mehr als der Reichskanzler selber. Wer aber bestimmt eines Valentinis Ernennung, wem schuldet er Rechenschaft?

Die alldeutsche Presse jubelt, daß in Valentini der letzte Vertreter des Systems Bethmann gebe, sie hat wieder ein „Bethmannneit“ ausgenommen. Unter dem System Bethmann“ aber verstehen die Alldeutschen jenen Teil des Beamtentums, der eingesehen hat, daß sich mit den alten Methoden in Deutschland nach der Aufrüttelung der Gemüter durch den Krieg nicht mehr regieren läßt. Freilich hat Bethmann nicht die Energie gehabt, diese Ueberzeugung mit der gleichen Energie in die Tat umzusetzen, wie er ihr manchmal rednerisch Ausdruck verliehen hat.

Aber aus Bethmanns Worten sang wenigstens etwas von jenem neuen Geist, nach dem das Volk lechzt. Seine Worte vom Vertrauen, das man dem Volk entgegenbringen müsse, waren die denkbar stärkste Abiage an die oldenburgische Dompteurweisheit, daß die Regierung das Volk abwechselnd mit Peitsche und Streicheln zu behandeln habe. Wenn jetzt die Alldeutschen jubeln, daß der letzte Vertreter des Systems Bethmann aus einem einflußreichen Amt gegangen sei, so wiewelt sich in diesem Jubel ihre Hoffnung auf eine Regierung, die nichts gelernt und nichts vergessen hat.

Es soll alles beim alten bleiben! Auch nach dem Kriege soll wieder gearbeitet werden mit Verfeinerung oppositioneller Parteien, mit Maßregelung der Besinnung und Ueberzeugungstreue, mit Verdacht und Mißtrauen gegen jede selbständige Regung des Volkes, mit Bevormundung und Druck von oben her. Und um hierzu die Macht zu haben, will man zunächst das gleiche Wahlrecht, falls man es nicht auf einen Streich fällen kann, durch endlose Verschleppung mensdeln. Das ist der innerpolitische Plan derer, die nach außen hin mit der Firma „Vaterlandsparlei“ zöshnen.

Im Dreiklassenhaus haben sie die Macht, den ersten Punkt ihres Programms durchzusetzen, doch gewonnenes Spiel haben sie bei weitem nicht. Denn sie werden kräftigen Begegnungen, von denen sie mit Schreden bemerkt werden, daß sie nicht „im Treibhause“ gewachsen sind. Wollen sie eine innerpolitische Stimmung ähnlich der nach 1815 erzeugen, so werden sie erkaumen darüber, wie stark der politische Willensdrang des deutschen Volkes und seine Fähigkeit, ihm Ausdruck zu verschaffen, zugenommen haben. Das Volk ist fest entschlossen, sich eine politische Atmosphäre der Freiheit und Gleichadung des Staatsbürgers zu erkämpfen, die nur auf dem Boden des gleichen Wahlrechts erwachsen kann.

Die Regierung aber sei gewarnt, jenen rückwärtlichen Kräften Konzessionen zu machen. Das Volk erwartet von ihr, daß sie den Geist der Bethmannschen Worte, daß sie die feierlichen Versprechen aus der Aera Bethmann zur Tat macht, daß sie alle Energie einsetzt, die Widerstände zu brechen, die dem entgegenstehen. Jede andere Regierung müßte als Reaktionsregierung betrachtet und behandelt werden.

Die Ausschufberatung der Wahlrechtsvorlage.

4. Tag der allgemeinen Besprechung.

Bei Beginn der Donnerstagssitzung waren noch 13 Redner gemeldet, so daß es fraglich ist, ob die allgemeine Besprechung noch an diesem Tage zu Ende geführt werden kann.

Ein Nationalliberaler wendet sich zunächst scharf gegen die Angriffe des „Berliner Tageblatts“ auf seine Partei. Der Regierung wird es abermals vor, hoer den Schatz des Deutschland in der Chimäre keine Klarheit gegeben zu haben. Versöhnungspolitik im Osten sei immer gecheitert, die starke Hand sei nicht zu entbehren. Das sächsische Pluralwahlrecht habe sich bewährt; würden in Preußen die Fortschrittsler bei einem Pluralwahlrecht das Ringeln an der Waage wecken, so würden sie wohl auch eine andere Haltung einnehmen. Die sozialdemokratische Arbeitererschaft scheine mehr und mehr zu den Unabhängigen abzuweichen, so daß das gleiche Wahlrecht recht bedenklich sei.

Die Haltung der Unabhängigen rechtfertigt nachträglich die schweren Sorgen von Anfang August 1914, als man noch nicht wußte, daß die Sozialdemokratie zur Pflichterfüllung gegenüber dem Vaterlande bereit sei. Durch die königliche Ankündigung des gleichen

Wahlrechts sei ja die Situation recht unangenehm geworden, aber Schuld daran sei die frühere Regierung. Nicht im Falle sei der Drang nach dem gleichen Wahlrecht hart, sondern nur in den Unfortteilen, die die Regierung so weit getrieben hätten.

Ein Konservativer wünscht ein Pluralwahlrecht mit Begünstigung der Kriegsteilnehmer. Die angebliche Entzückung des Volkes sei eine Treibhauspflanze, die in einer vom „Berliner Tageblatt“ und vom „Vorwärts“ betriebenen Zentralisierung künstlich aufgezogen werde, die über der von den heimkehrenden Kriegern ausgehende Luftzug umblasen werde.

Ein Konservativer will die Pflichterfüllung der Mehrheit der politischen und sozialdemokratischen Abgeordneten nicht auch auf die Wähler beziehen. Sei doch in einer frankfurter Versammlung der Vaterlandsparlei die Polizei mit republikanischen Rufen empfangen worden. Vertreter solcher Stimmungen dürfe nicht ins Parlament kommen. Das gleiche Wahlrecht bedrohe Kirche und Schule. Unbegreiflich sei es, wie die Regierung über das verfassungsmäßige Wahlrecht so einfach hinweggehen könne. Man könnte doch das Abgeordnetenhause je zur Hälfte aus allgemeinen und aus berufshändlichen Wählern hervorgehen lassen.

Ein Zentrumredner betont, weite Volkskreise würden bitter enttäuscht sein, wenn nicht eine brauchbare und vollständige Wahlreform zustande kommen würde. Eine Parlamentarisierung brauchte man vom gleichen Wahlrecht nicht zu befürchten. Der Gefahr der Radikalisierung des Parlaments sehe die Zentrumspartei nicht blind gegenüber. Ein Vorgehen durch Ausschaltung der ersten Kammer mit größerer Befugnissen, durch Auflösung der Wahlkreise und der Unterbreifen von Kirche und Schule geschaffen werden. Es dürfte nicht ohne die Möglichkeit gelassen werden, daß

durch einfache Mehrheit die Wahlkreiseinteilung geändert, die heutige Schul- und Kirchenpolitik beseitigt werde.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter führt aus, die gütlichen Beziehungen der Wölter dürften nicht auf Oak, sondern nur auf Recht und Gerechtigkeit beruhen. Darin stimmen der Papst und die deutsche Regierung überein, aber die preussische Regierung vertrete hier einen anderen Standpunkt. Der Redner weist dann die Pelecidigungen eines konservativen Abgeordneten gegen die Polen mit solcher Schärfe zurück, daß er vom Vorsitzenden zur Mäßigung ermahnt wird.

Der sozialdemokratische Vertreter führt aus: Wenn der Konservativer sich über das Verbot von Versammlungen beschwert habe, so könne der Redner mitteilen, daß auch ihm in einer Reihe von Städten Versammlungen, in denen er über das Wahlrecht sprechen sollte, verboten worden, und erst gestern habe die Schwabedeger Polizei mit dem Verbot gedroht, als er nicht seine Rede zur Genüge einreichte. Den Vorwurf der Verschleppung müsse er aufrechterhalten. Der nationalliberale Redner habe sich über die Entwicklung der Sozialdemokratie veräußert, er möge doch ruhig abwarten, welche Richtung die Oberhand gewinne. Der Redner habe persönlich die Erfahrung gemacht, daß die Wölter durchaus nicht so sehr zu den Unabhängigen strömen, wie es hier dargestellt werde. Das habe u. a. auch die letzte Berliner Stadtverordnetenwahl gezeigt. Das bisherige Ergebnis im Wahlrechtsausschuss sei ein recht trauriges; für das gleiche Wahlrecht sei keine Mehrheit vorhanden, dagegen schwärme man für Plural- und sächsische Wahlrechte. Gegen das Mantelgesetz müsse der Redner entschieden erklären. Wenn zuerst die Herrenhausvorlage beraten werde, so werde das Volk dies als eine Verhöhnung auffassen. Dem stellvertretenden Ministerpräsidenten habe man es übel genommen, daß er von einer Schwächung des Siegeswillens sprach. Der Redner fragt, ob man gewisse, daß das Volk, das Gut und Blut geopfert hat, einen solchen

Sanktionierung in das Gesetz

nicht ruhig hinnehmen werde. Das Verlangen nach dem gleichen Recht gehe durch das ganze Volk, auch durch den Mittelstand. Ganz falsch sei es, so darzustellen, als ob im Volke der Drang nach dem Wahlrecht nicht vorhanden sei. Der Drang sei vorhanden. Die Arbeiter würden, wenn die Wahlrechtsberatung nicht zu einem befriedigenden Abschluß führe, ihre Dalkung entsprechend einrichten. Welche Gehalt der Wahlrechtsstempel annehmen wird, das wird nicht unwesentlich von diesem Ausgange abhängen.

Ein nationalliberales Mitglied erklärte, daß sich seine Partei durch keine solche Drohungen ihr Verhalten in der Wahlrechtsfrage vorschreiben lasse. Sie übernehme für ihr Verhalten vor dem preussischen Volke volle Verantwortung.

Im Gegensatz zu diesem Redner trat ein anderes nationalliberales Ausschufmitglied für das gleiche Wahlrecht ein. Die heroischen Leistungen des preussischen Volkes an der Front und dahinter seien ein Beweis dafür, daß

das Volk für das gleiche Wahlrecht im Weltkriege reif geworden sei. Ohne das gleiche Wahlrecht werde die Wahlrechtsbewegung nicht zur Ruhe kommen. Die damit verbundene Radikalisierung des Abgeordnetenhauses müsse in Kauf genommen werden. Sie sei bei weitem vorzuziehen der Wüßstimmung und Enttäufung bei den Feldgrauen, die sicher eine Folge des Scheiterns der Wahlrechtsvorlage sein würden. Das Mantelgesetz sei eher ein Demutnis als eine Förderung der Wahlreform.

Der Führer der Konservativen wandte sich gegen die fortgesetzte Berufung der Regierung auf die Juli-Volkshaft. Dr. Friedberg aber habe sich vor noch gar nicht langer Zeit in Hannover in einer gewöhn politischen Rede ganz anders über das gleiche

Wahlrecht geüßert, als er es jetzt als Vizepräsident des Staatsministeriums tut. Wie sei dieser Umfassung in den Ansichten zu begründen? Die Regierung habe die Behauptung nicht widerlegen können, daß die Zulibotschaft unter einem Druck von außen zustande gekommen sei. In Preußen werde das gleiche Wahlrecht die schlimmsten Folgen haben, man siehe an einem Grabsstein preussischer Geschichte.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums trat dem Vortredner sofort entgegen und erklärte sich darüber beim Eintritt in die Regierung klar gewesen zu sein, daß er sich vielfach mit früheren Anschauungen werde in Widerspruch setzen müssen. Wenn er trotzdem noch anfänglichem Zögern zur Beendigung einer politischen Krise den Ruf in die Regierung angenommen habe, so dürfe man ihm daraus keinen Vorwurf machen.

Nachdem noch ein Zentrumsgesandter für das gleiche Wahlrecht eingetreten war und ein Fortschrittler die Zulibotschaft für eine notwendige Ergänzung der Oberbotschaft erklärt hatte, wurde die allgemeine Aussprache geschlossen. Die Einzelberatung beginnt mit der Herrschaftsvorlage.

Brest-Litowsk.

Gute Beziehungen zu den Ukrainern.

Brest-Litowsk, 16. Januar. (W. T. S.) Im Laufe des heutigen Vormittags versammelten sich die Delegationen der vier verbündeten Mächte zu einer internen vertraulichen Besprechung. Staatssekretär v. Kühlmann gab in längerer Rede Auskunft über den Stand der mit der russischen Vertretung in den letzten Tagen geführten Verhandlungen zur Regelung der politischen und territorialen Fragen. Die Vorsitzenden der verbündeten Vertretungen brachten dem Staatssekretär einmütig ihren Dank und ihre volle Zustimmung zum Ausdruck.

Infolge Unwohlseins des Ministers des Neuherrn Grafen Czernin fand eine für heute nachmittags angeordnete vertrauliche Besprechung mit den ukrainischen Delegierten in der Privatwohnung des Ministers statt. Die 1 1/2 Stunden lange Unterredung, an welcher auch die deutsche Delegation teilnahm, führte zur Herbeiführung des prinzipiellen Einverständnisses über die das künftige politische Verhältnis zwischen den Mittelmächten und der Ukraine betreffenden Fragen. Hierdurch dürfte ein entscheidender Schritt nach vorwärts getan sein. Für morgen ist eine Fortsetzung dieser Besprechungen anberaumt. Es sollen dann auch wirtschaftliche Fragen erörtert werden. Nach dem binnen kurzem zu erwartenden Abschluß des vertraulichen, vorbereitenden Gedankenaustausches wird in die Einzelberatungen eingetreten werden.

Berlin, 17. Januar. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der bevorstehende Entsendung des k. k. österreichischen Staatsministers a. D. Grafen von Podewils nach Brest-Litowsk liegt, wie wir hören, eine Vereinbarung zugrunde, die im Anschluß an die Verfassung der Habsburger vom 23. November 1870 zwischen Preußen und Bayern getroffen und von preussischer Seite am 14. Februar 1871 ratifiziert worden ist. Sie geht dahin, daß bei Friedensverträgen, die nach einem Bundeskrieg geschlossen werden, stets auch ein Bevollmächtigter Seiner Majestät des Königs von Bayern zugezogen werden soll, der sich an den Verhandlungen beteiligt und durch das Bundeskanzleramt — also durch den deutschen Reichskanzler — seine Instruktion erhält.

Der österreichische Ministerpräsident über Brest-Litowsk.

Fortschritt — aber Schwierigkeiten.

Wien, 17. Januar. (Meldung des Wiener L. u. L. Tel.-Korrespondenten.) Im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses machte Ministerpräsident v. Seidler heute im Einvernehmen mit dem Minister des Neuherrn Grafen Czernin einige Erklärungen über den Stand der Verhandlungen in Brest-Litowsk. Er führte aus:

Die wesentlichste Bedeutung kommt den Beratungen jener Kommission zu, welche sich mit der Regelung der sogenannten politischen und territorialen Fragen im Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland einerseits und Rußland andererseits befaßt. Die Beratungen dieser Kommission befinden sich derzeit im Stadium der Formulierung der beiderseitigen Standpunkte. Hierbei trat bereits eine solche Klärung der Anschauungen ein, daß sie gegenüber dem Stande der Verhandlungen am 27. 12. als entscheidender Fortschritt bezeichnet werden muß. Andererseits geht aus den Kommunikationen hervor, daß diese Klärung der beiderseitigen Standpunkte allerdings noch nicht die Linie erkennen läßt, auf welcher die von beiden Seiten mit gleichem Eifer angestrebte Angleichung erfolgen soll. Die Schwierigkeiten, die im Laufe dieser Verhandlungen noch zu beseitigen sind, dürfen nicht unterschätzt werden. Das ganze Streben des Ministers des Neuherrn ist darauf gerichtet, im Sinne des von ihm in der Friedensfrage stets eingenommenen und öffentlich vertretenen Standpunktes zu einer Verständigung zu gelangen, welche auf dem Programm eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen fußt, und welche gleichzeitig unter Wahrung der Gesichtspunkte der Gegenseite die eigenen Interessen wahrt. Der Minister des Neuherrn wird der weiteren Entwicklung der Beratungen mit Vertrauen entgegen und zweifelt nicht, daß es gelingen wird, die Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen, welcher die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zu unserer östlichen Nachbar für die Zukunft sichert. Ich möchte dem aufrichtigen Wunsch Ausdruck geben, daß ich bald in der Lage sein werde, dem Reichsrat noch günstigere Nachrichten mitzuteilen als heute.

Riga und sein Hinterland.

Alles annektieren!

Das aus deutschen Staatsleuten bestehende Rigaer Expertenkomitee hat kürzlich in einer Eingabe die Angliederung Rigas an das Deutsche Reich gefordert. Jetzt hat das Komitee diesen Wunsch eine Denkschrift folgen lassen, in der auseinandergesetzt wird, daß Riga ohne Liv-, Est- und Kurland, ohne Reval und Narva wertlos wäre. Es bedürfte nur einer unwesentlichen Abänderung der Eisenbahntarife, um den Verkehr von Riga nach Reval abzugeben. Folglich muß den Russen jeder Weg an die Ostsee abgesperrt werden! Folglich darf nicht Riga allein annektiert werden, sondern sein ganzes Hinterland muß dazu.

Eine Teilung der drei baltischen Provinzen würde, so wird ausgeführt, für beide vorteilhaft sein. Auf den nabeliegenden Gebieten, daß die baltischen Provinzen mit ihrer in der überwiegenden Mehrzahl nichtdeutschen Bevölkerung ungeteilt auch an der Ostsee bleiben könnten, kommt das Expertenkomitee nicht

Zahlreiche Erkundungsgesichte im Westen.

Amlicia. Großes Hauptquartier, 17. Januar 1918. (W. T. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen. In zahlreichen Frontabschnitten Erkundungsgesichte. Nördlich von Passchendaele, an der Scarpe, bei Bendluille und St. Quentin wurden einige Engländer gefangen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Im Cerna-Sagen dauerte erhöhte Artillerietätigkeit an.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Bei ihren erfolglosen und verlustreichen Angriffen am 14. und 15. Januar haben die Italiener an Gefangenen 12 Offiziere und mehr als 300 Mann eingebüßt.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Abendbericht.

Amlicia. Berlin, 17. Januar 1918, abends. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 16. Januar 1918. Amlicia wird verkauft:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche von Asiago wurde ein feindlicher Vorstoß westlich des Col del Rosso abgewiesen.

Westlich der Brenta, sowie der Adige seine vorgeschobenen Angriffen erst in den Nachmittagsstunden fort. Am Westhange des Monte Pertica führte der Gegner dreimal gegen unsere Linien. Jedemal brach sein Aufsturm bereits in unserem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer unter schweren Verlusten zusammen. Südlich des Monte Fontana Secca wurden feindliche Angriffswagen im Keine erfaßt. In der unteren Piave vielfach lebhafter Artilleriekampf.

Wien, den 17. Januar 1918. Amlicia wird verkauft:

Zwischen der Brenta und dem Monte Pertica beschränkte der Gegner seine Gefechtsfähigkeit nach den erfolglosen verlustreichen Angriffen des Vortages auf heftige Feuerüberfälle. In den Kämpfen am 14. und 15. Januar wurden 12 Offiziere und über 300 Mann gefangen eingebracht.

Der Chef des Generalstabes.

Keine Kriegsziel-Einheitserklärung der Entente.

Die in der italienischen Presse bemerkbar gewordene Ansicht, daß eine einheitliche Erklärung der Entente über die Kriegsziele mangelhaft sei, hat ein schnelles Ende gefunden. Nach der Turiner „Stampa“ hat das italienische Ministerium laut Meldung des „L. A.“ nach verschiedenen Einschränkungen den Standpunkt Italiens auf der Pariser Konferenz wie folgt festgesetzt: Vorzeit auf die Veröffentlichung eines gemeinsamen, die Erklärungen Wilsons und Lloyd Georges ergänzenden Dokumentes und keine Revision der Kriegsziele. In zurückgebliebenen italienischen Kreisen erklärt man: Da Italiens besondere Kriegsziele Gegenstand von Verhandlungen und Verträgen waren, die von den Alliierten in voller Kenntnis der Umstände unterzeichnet wurden, und keine Ursache vorhanden ist zu der Annahme, daß die Alliierten eine Revision der Verträge vorschlagen beabsichtigen, liegt keine Notwendigkeit für eine Festsetzung der italienischen Kriegsziele vor. Man ist überdies der Ueberzeugung, daß zur Aufstellung eines aus einzelnen gehenden Programms kein Grund vorliegt, weil dieses den Feinden dazu dienen könnte, ihre Friedenshoffnungen zu nähern.

Die italienischen Sozialisten fordern Friedensverhandlungen.

Lugano, 17. Januar. Das „Giornale d'Italia“ teilt das Ergebnis der gestrigen Haupt Sitzung der parlamentarischen Sozialisten mit. Sie erneuerten bei der Kammer ihre Forderungen auf sofortige Einberufung der Kammer und auf die Anknüpfung von Friedensverhandlungen.

Italiens Mannschafreserven sind ausgereicht. Die Agenzia Stefani legt Wert darauf, in der italienischen Presse die Meldung des Pariser „Voy“ zu revidieren, daß Orlando in einer Unterredung mit Franklin Drouillon gesagt hat, daß Italien noch über große Mannschafreserven verfüge. Die Agenzia Stefani mit Nachdruck betont, daß Orlando im Gegenteil ausgedrückt, daß der Umfang, daß ungefähr zwölft Prozent der gesamten Bevölkerung unter den Waffen stehen, das italienische Wirtschaftsleben schwer schädigt.

Botshafter Diamandi freigelassen.

Stockholm, 16. Januar. Nach einem Telegramm der Petersburger Telegraphen-Agentur erfolgte die Verhaftung des rumänischen Gesandten Diamandi in der Nacht zum 15. Januar wegen grausamer Unterdrückungsmassregeln der rumänischen Regierung gegenüber russischen Soldaten. Das ganze diplomatische Korps begab sich auf Anregung der französischen und englischen Botshafter zu Lenin, und die Kommissare bewilligten die Freilassung auf den Vorschlag des amerikanischen Botshaftern hin, daß er in seinem Namen der rumänischen Regierung eine Erklärung gegen die Gewaltmaßregeln Rumaniens gegenüber russischen Soldaten senden werde. Um 3 Uhr früh wurde der Befehl erteilt, Diamandi freizulassen.

Kerenski in Petersburg versteckt?

Stockholm, 17. Januar. Laut „Njtsch“ soll es den Bolschewiki gelungen sein, Kerenski in der Petersburger Wohnung eines sozialrevolutionären Stadtrats aufzuspüren. Seine Verhaftung sollte bevorzuehen.

Charles Dumas in Petersburg?

Der sozialistische Deputierte Charles Dumas ist vor zwei Wochen in Petersburg eingetroffen.

Die selbständige Republik Turkestan.

Stockholm, 16. Januar. Das Ukrainische Informationsbureau in Stockholm teilt mit: Der Rat der Nation in Kiew erhielt die Nachricht, daß ein außerordentlicher Kongreß der Muselmanen Turkestans in Uebereinstimmung mit der mehrere Millionen zählenden Bevölkerung Turkestans in bezug auf das Selbstbestimmungsrecht und gemäß den Grundgesetzen der großen russischen Revolution am 23. Dezember 1917 das Gebiet von Turkestan als selbständige Republik im Bündnis mit der föderativen russischen Republik erklärt hat. Einstweilen wurde ein Nationalrat gewählt, in dem ein Drittel der Sitze der muslimanischen Bevölkerung Turkestans zuerkannt wurde. Der Beginn der Sitzung des Nationalrats wurde auf den 5. Januar festgesetzt. Der Kongreß hat auch eine provisorische Regierung Turkestans gewählt. Die konstituierende Versammlung, die demnächst einberufen wird, soll die endgültige Form der Autonomie bestimmen.

Ein panukrainischer Kongreß.

Kiew, 9. Januar. (Ukr. Pressbureau.) Die Somatistnik, die Verteidiger der unumschränkten Unabhängigkeit der Ukraine, die im Gegensatz zu den ukrainischen Sozialrevolutionären und Sozialdemokraten auf der endgültigen Losreißung der Ukraine von Rußland bestehen, haben einen Kongreß einberufen. Das politische Programm dieser panukrainischen Partei besteht darin, auf Grundlage einer sozialen Emanzipation die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Ukraine zu verwirklichen. Die Partei zählt ihre Anhänger unter den Gegnern des Föderalismus, die gegenwärtig in der Mehrzahl sind und die Macht in ihren Händen haben.

Versammlung von Kriegsgefangenen in Petersburg.

In der „Pravda“ vom 20. Dezember findet sich folgende Ankündigung: Heute um 1 Uhr nachmittags findet im Zirkus Modern eine Versammlung von Kriegsgefangenen aller Nationalitäten statt. Unsere in die weite Fremde verschlagenen österreichischen, polnischen, deutschen und anderen Genossen, alle diese „Feinde“, die Opfer der blutigen und verbrecherischen Schlächtereien der Imperialisten, werden sich heute mit russischen Arbeitern und Soldaten als Freunde, als Mitglieder einer einzigen Familie von Arbeitenden zusammenschließen. Sie werden zusammentreffen, um die durch ihren gemeinsamen Feind, die Bourgeoisie, zerrissenen Bande wieder zu knüpfen, und die Gemeinsamkeit ihrer Klasseninteressen, die Gemeinsamkeit ihres Kampfes für den baldigen Frieden nicht in Worten, sondern in Taten zu zeigen.

Schwedische Thronrede.

Der schwedische König hat am Mittwoch den Reichstag mit einer Thronrede eröffnet, in welcher er die Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Neutralität, sowie für die Hebung der Wirtschaft nach dem Kriege und für das Zusammenwirken der skandinavischen Staaten besprach, das selbständig gewordene Finnland begrüßte und die Hoffnung auf gedeihliche Lösung der Alandfrage ausdrückte. Schließlich kündigte der König an, daß seine Regierung Fragen der auswärtigen Politik mit einem Sonderausschuß des Reichstages zusammen beratsuchen werde, und daß die Klärungen voraussichtlich herabgesetzt werden könnten. In der Thronrede heißt es:

Genau beschränkte Handelsabkommen sind getroffen und geschäftliche Beziehungen angeknüpft worden, um den schwedischen Ueberseehandel unter Bedingungen, die sich mit unserer Unabhängigkeit und Neutralität vereinbaren lassen, wieder zu erwidern. Jedemfalls aber müssen wir in erster Linie auf unsere eigenen Hilfsmittel rechnen. Die schwedische Verfassung sei im laufenden Jahre sehr schwach. Das gesamte Volk wird feierlich ermahnt, die Tugenden des Staates in ihrer Arbeit für eine gerechte Verteilung und gegen eine unerlaubte Bereicherung an den Lebensmitteln zu unterstützen. Die Rede kündigte die Absicht an, infolge der wachsenden Preissteigerung eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Kinderarmen einzutreten zu lassen usw.

Es wird ein Gesetzentwurf vorgelegt werden über das politische Wahlrecht der Frauen, ferner über das gleiche Wahlrecht in Gemeindeangelegenheiten für alle, die Gemeindesteuern zahlen. Der Haushaltsplan ist teilweise nach neuer Grundzüge aufgestellt worden. Alle durch den Krieg notwendig gewordenen Ausgaben sind gedeckt durch Staatsrenten, die entweder in Anschlag gesetzt oder bereits eingezogen sind. Eine Ertragssteuer auf Einkommen und Vermögen wird für das nächste Jahr ebenfalls notwendig werden, aber gewisse niedrige Einkommen werden davon ausgenommen werden.

Der Staatshaushalt für 1918 beläuft sich mit 500 978 100 Kronen mit dem Zuschlag für 1918 680 852 200 Kronen gegenüber dem Gesamtbudget des laufenden Jahres mit 675 002 300 Kronen. Das Landesverteidigungsbudget weist Ausgaben in Höhe von 101 253 000 Kronen gegen 88 018 000 Kronen dieses Jahres auf. Diese Vermehrung ist jedoch nicht auf Ausgaben für neue Zwecke, sondern nur auf eine genauere Berechnung und die allgemeine Verteuerung zurückzuführen. Bei den Marinenausgaben mit 42 729 300 Kronen ergibt sich gegen 1918 eine Gesamtminderung von 2 1/2 Millionen Kronen.

Die Independent Labour Party an Trozki.

Bern, 16. Januar. „Manchester Guardian“ gibt ohne Datumsangabe folgendes Telegramm der Independent Labour Party an Trozki wieder: Nachdem Lloyd George und Wilson ebenso wie die Vertreter der Zentralmächte ihre Formel: „Keine Annexionen, keine Indemnitäten“ angenommen haben und wir glauben, daß die Anwendung dieses Grundsatzes im einzelnen lediglich in einer vollen Konferenz möglich ist, drängen wir unsere Regierung, unverzüglich an Verhandlungen für den allgemeinen Frieden teilzunehmen. Wir sind von Herzen mit Euch in Euren großartigen Eintreten für den Internationalismus.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 16. Januar. Amlicia. Starke, mit allen Mitteln ausgeübte Gegenwirkung zum Trozki fielen auf dem nördlichen Kriegsschauplatz unseren U-Booten

21 000 Br.-Reg.-T.

Handelschiffraum zum Opfer. Hierbei wurde ein englischer Dampfer von mindestens 4000 Tonnen in geschickter durchgeführtem Angriff auf besonders harter Fischdampferzerstörung herausgeschossen. Die Mehrzahl der versenkten Schiffe war bewaffnet und schwer beladen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Zensur vor dem Hauptauschuss.

Die Saisonarbeiterfrage.

Am Donnerstag trat der Hauptauschuss zunächst in eine Erörterung der Lage der Saisonarbeiter ein. Abg. v. Trambczinski (Pole): Von den 700 000 polnischen Saisonarbeitern sind seit vier Jahren 200 000 zurückgehalten worden. Dazu kommen noch Hunderttausende angeworbener Arbeiter, die nicht freie Arbeiter sind, sondern zwangsweise zurückgehalten werden. Das ist ein Unrecht für die Arbeitgeber, wahre Hungersalbe zu zahlen. Die Leute erhalten

Löhne von 1 bis 1,50 M.

neben immer geringerer Depressur. Alle Versuche, das Los dieser Unglücklichen zu mildern, sind fehlgeschlagen. Die gemachten Zugeständnisse waren völlig ungenügend, insbesondere ist das Recht der Koalition nicht zugestanden worden. Die Generalkommandos kümmern sich einfach nicht um die Anordnungen des Kriegsministeriums. Das Generalkommando in Stettin hat erklärt, nur dem Kaiser verantwortlich zu sein, und jedes Einschreiten von anderer Seite abzulehnen zu müssen. In dem Eintritten für die Arbeiter erklärt dieses Generalkommando eine Schürung der Unzufriedenheit. So kann es nicht weiter gehen. Den Arbeitern muß die Garantie für freie Rückkehr nach Ablauf des Vertrages gegeben werden. Statt dessen preßt man die Arbeiter durch Hunger, die Beträge zu verlängern, indem man ihnen die Lebensmittelpreise verweigert.

Chef von Braun: Das Kriegsamt hat alles versucht, die Lage dieser Arbeiter zu verbessern, in der jetzigen Zeit kann man diese Arbeiter aber nicht noch der Heimat entlassen, sie sind freie Arbeiter, aber sie unterliegen den militärischen Vorschriften für Ausländer. Der Arbeitswechsel ist keineswegs generell verboten. Die Angriffe auf die Generalkommandos sind in diesem Umfang nicht berechtigt. Behinderungen duldet das Kriegsamt nicht. Der Urlaub wird den politischen Arbeitern nicht verweigert, aber das Reisen muß eingeschränkt werden. Dazu kommt, daß in einzelnen Gouvernements Fleckfieber herrscht. In diese Gebiete ist eine Zureise aus diesem Grunde nicht statthaft. Nach der Ortswahl ist es unbedingt erforderlich, das Kriegsamt ist bestrebt, berechtigten Wünschen stets entgegenzukommen. Mißstände werden sich aber nicht ganz vermeiden lassen.

Abg. Schürmer (Z.): Die Klagen des polnischen Redners sind nicht widerleglich. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, Arbeiter derart zu behandeln. Die Zwangsverträge müssen sofort einer Kontrolle unterzogen werden. Entlassen kann man diese Arbeiter jetzt nicht, aber man muß sie ordnungsgemäß bezahlen. Daß ein Landrat Beschwärden mit Verhaftung droht, wie es in Neuhaldensleben geschah, ist unerhört.

Unterschiedssekretär **Lewald** erklärt, daß dieses Verhalten des Landrats nicht zu billigen sei. Abhilfe werde erfolgen.

Abg. v. Trambczinski hält an seinen Vorstellungen fest.

Abg. Koste (Soz.): Diese ganzen Verhältnisse müssen allgemein den peinlichsten Eindruck machen. Trotz aller Kritik ist eine Besserung nicht eingetreten, weil die

Rücksicht auf agrarische Interessen

maßgebend ist. Die polnischen Arbeiter dürfen nicht schlechter als die deutschen behandelt werden. Diese Maßnahmen verhindern, daß in Polen freundliche Gefühle für uns Platz greifen. **Unterschiedssekretär Lewald:** Wir haben ein Interesse daran, diese Arbeiter gut zu behandeln, damit sie wieder zu uns kommen.

Die weitere Debatte förderte wesentlich neue Momente nicht zutage. Der Ausschuss wandte sich dann der Beratung der Zensur zu.

Die Zensurdebatte.

Abg. Guthrie (Sp.): Wir alle hatten den dringenden Wunsch, nicht noch einmal auf die Zensur eingehen zu müssen. Leider haben die gemachten Zugeständnisse zu keinem Resultat geführt.

Die Verhältnisse haben sich verschlimmert,

so daß der innere Frieden aufs tiefste gefährdet ist, denn die Erbitterung im Volke wächst zusehends. Das polnische Generalkommando des 2. Armee-Korps in Stettin hat eine Verfügung erlassen, die jede Freizügigkeit idet. Versammlungen sind in diesem Bezirk verboten, jetzt verbietet man auch den Verkauf oder nur das Aufschreiben von Druckschriften aller Art, deren Herstellung und Verbreitung vom Generalkommando nicht genehmigt ist. Diese Verfügung richtet sich aber nur gegen die Richtungen, die dem General nicht genehm sind. Selbst Druckschriften, die anderweit von der Zensur freigegeben sind, dürfen im Bezirk des 2. Korps ohne besondere Genehmigung nicht verbreitet werden. Dagegen wird die Verbreitung von Schriften der Vaterlandspartei antändlich geachtet. Was meint der Kriegsminister zu diesem Verfahren? Sämtliche öffentliche Versammlungen werden in diesem Bezirk verboten, nur die Vaterlandspartei genießt eine Ausnahme. Sie darf öffentliche Versammlungen abhalten, und zwar in der Form von Mitglieder-Versammlungen unter Ausschluss von Gästen in unbeschränkter Zahl.

In Breslau verbietet man ebenfalls die Abhaltung öffentlicher Versammlungen. Auf eine Beschwerde an das Kriegsministerium hat dieses ein Eingreifen abgelehnt, weil öffentliche Versammlungen geeignet sind, die Ruhe und Ordnung zu stören. Mit dieser Begründung kann man jede Versammlung unmöglich machen. General v. Vietinghoff in Stettin steht auf dem Standpunkt, daß der Burgfrieden in Pommern nicht gelöst werden darf, er hat aber nichts dagegen einzuwenden, daß die Reichstagsmehrheit in der unflätigen Weise beschimpft wird. Auch gegen die massenhafte Verbreitung dieser Beschimpfungen in Form von Flugblättern hat General v. Vietinghoff nichts zu sagen. So wagt man in Pommern den Burgfrieden. Der General hat sogar einen „Aufklärungsdienst“ im Sinne der Unionisten organisiert. Mit dieser Auffassung ist ein Oberleutnant betraut worden, der sich einen Namen durch Beschimpfung des Kanzlers gemacht hat. Die Vorträge dieses Mannes werden in der Presse unter — kirchliche Nachrichten angeführt. (Sturm, Selbsterleuchtung.) Diese ganze Tätigkeit läuft darauf hinaus, das Ansehen der Regierung zu untergraben. Das sind die Folgen, wenn man die Zensur den Militär überträgt.

Redner trägt eine Menge Sitae vor, aus denen sich ergibt, in welcher parteiischer Weise die Handhabung der Zensur erfolgt. Jede Beschimpfung der Regierung und der Reichstagsmehrheit wird anstandslos gestattet. Die beschimpfenden Flugblätter tragen den Vermerk: Von der Zensur genehmigt. Derselbe Zensur verbietet jedoch jedes Wort der Kritik an dem Großadmiral v. Tirpitz. Auf eine Beschwerde hat das Generalkommando des 3. Armee-Korps eine Antwort gegeben, die nur als „Knobderig“ bezeichnet werden kann. Nach wie vor wird ein harter Druck auf die Beamten ausgeübt, der Vaterlandspartei beizutreten. Die Aussen von Gommern sind zu Versammlungen für diese Partei zur Verfügung gestellt worden. Die gleiche Agitation wird in der Armeekorps, immer mit dem Hinweis darauf, daß die Vaterlandspartei keine politische Partei wäre. Jede Beschimpfung falscher Behauptungen des Herrn v. Tirpitz wird verboten. Daran beteiligt sich auch die Presseabteilung des Reichsministeriums. (Redner zeigt einen ganzen Stoß Briefe vor, die dem Kapitän v. Vessius von der Zensur gestrichen oder verstimmt wurden.) Diese Handhabung der Zensur ist eine Verletzung der Wahrheit. In der Reichstagsdebatte, persönlich wird gegen Leute vorgegangen, die als Pazifisten verdächtig sind. Dem Affessor Wchberg hat man das Heberreden der Grenze zum Besuch seiner todkranken Mutter verweigert, nur weil er als Pazifist bekannt ist. Die Beschlüsse und Telegramme von Anhängern eines Verständigungsfriedens werden offenbar ganz absichtlich verzögert oder nicht nur Sendungen aus dem Auslande. Ein Telegramm von Professor Schüding in Marburg war zehn Tage unterwegs, denn jedes Telegramm, das in Deutschland aufgegeben wird, muß erst der

militärischen Zensur unterbreitet werden — ein unerhöhter Anstieg. Dem Professor Quippe ist in Erfurt eine Versammlung verboten worden, der Vaterlandspartei dagegen wurde eine Versammlung gestattet. Die Zensur und der Belagerungszustand werden dazu benutzt, die Friedensbewegung zu bekämpfen. Was sind das für Leute, die mit der Zensur betraut sind! (Abg. v. Koste: Blasen!) Die Schuld liegt offensichtlich nicht an der Zensur in Berlin. Dem Professor Schüding ist vom Kriegsministerium wegen einer Schrift zugunsten des Friedens eine Verurteilung mit Strafanzeige erteilt worden. Dabei war diese Schrift vorher von der sächsischen Zensur genehmigt worden! Redner schildert eingehend die Sanktionen, denen gerade Professor Schüding seit 1915 ausgesetzt ist. Auf Einpaßen an das preussische Kriegsministerium erhält er gar keine Antwort. Das erinnert an die schlimmsten Zeiten preussischer Geschichte. Hat der Kriegsminister keine Ahnung davon, wie

dieses Treiben der Militärpartei

auf das Ausland wirkt? Dort sagt man sich, der Reichskanzler will den Verhandlungsfrieden, die Reichstagsmehrheit auch, aber die Militärpartei kämpft mit allen Mitteln dagegen. Als ein Werk des Professors Schüding in der Druckerei war, erschien dort die Kriminalpolizei und beschlagnahmte die Platten. Die Oberzensurstelle verbot die Fortschaffung des Buches, weil die Ergebnisse des erst nachher durchgeführten Sachkommission-Prozesses nicht mit berücksichtigt worden sind und weil die Problemstellung unklar und ungenügend ist. Dabei ist immer zu beachten, daß Professor Schüding die Politik der Regierung vertritt. Die Deutsche Friedensgesellschaft darf noch immer nicht ihren Buchhandlungs-Katalog verwenden. Jetzt werden im Reich Erhebungen veranstaltet über die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse in der Armeekorps. Der Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft, der nur garnisondienlich ist, erhält zur Generalversammlung keinen Urlaub, dagegen dürfen an den Versammlungen der Vaterlandspartei hohe Offiziere teilnehmen, die sicher weniger entbehrlich sind als ein Landsturmmann. Solche Zustände darf das deutsche Volk unter keinen Umständen noch weiter dulden, die militärischen Stellen haben bewiesen, daß sie völlig unfähig sind, die Zensur zu handhaben.

Der Wechsel im kaiserlichen Zivilkabinett. Berg für Valentini.

Der bisherige Chef des Geheimen Zivilkabinetts v. Valentini hat den „erbetenen“ Abschied bekommen, und der bisherige Oberpräsident von Ostpreußen, dem man eine entschiedene konservative Richtung nachsagt, v. Berg, ist an seine Stelle getreten. Ein allduitsches Blatt war schon gestern früh als erstes in der Lage, diese Nachricht hochherzue seinen Lesern mitzuteilen.

Valentini ist Rühlmann-Ertrag. Wenigstens einer! Dem bisherigen Chef des Geheimen Zivilkabinetts sagten die Allduitschen nach, daß er einen festen Ring um den Kaiser gezogen habe, so daß dieser „sein treues Volk“, nämlich die Allduitschen, nicht hören konnte. Valentini galt als Stütze des Systems Bethmann. Herr v. Berg muß nach der Begrüßung, die ihm von allduitscher Seite zu teil wird, als eine Stütze des Systems Tirpitz gelten.

Herr Strefemann und der „Vorwärts“.

Herr Strefemann hat kürzlich im Hauptauschuss den „Vorwärts“ angegriffen, er wiederholt und unterstreicht jetzt diesen Angriff in der „Nationalzeitung“. Er macht dem „Vorwärts“ den Vorwurf, daß er „in drohendem Ton den Unterhändler Deutschlands ihre Arbeit erschwert hätte“. Das soll er getan haben, indem er schrieb, die Unterhändler dürften nicht ohne den Frieden aus West-Litowol zurückkommen, „dafür stehen sie uns“.

Wir halten unseren Standpunkt vollkommen aufrecht. Da von russischer Seite — wie es der Sachlage entspricht — an Deutschland und seine Verbündeten keine annexionalistischen Forderungen gestellt werden, so besteht kein Grund, die Verhandlungen in West-Litowol scheitern zu lassen.

Wenn die deutschen Unterhändler mit Rußland einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen unter lokaler Leitung des Selbstbestimmungsrechts der belegten Gebiete schließen wollen, dann bedeutet die Stellungnahme des „Vorwärts“ keine Erschwerung, sondern eine Erleichterung ihrer Arbeit. Ginge aber umgekehrt das Bestreben darauf hinaus, zwischen Rußland und Deutschland ein neues Ullah-Verhältnis zu schaffen, die Feindschaften auf dem Kontinent zu verewigen und dadurch die Stellung Deutschlands in der Welt nicht zu stützen, sondern zu untergraben, dann würde eine Passivität solchen Bestrebens gegenüber mit den nationalen Interessen, wie wir sie verstehen, nicht zu vereinbaren sein. Am allerwenigsten dann, wenn an solchen Absichten der Frieden zu scheitern drohte.

Sollten die Verhandlungen scheitern, so wird Herr Strefemann es für „patriotisch“ halten, die Schuld daran unter allen Umständen der Gegenseite zuzuschreiben. Wir behalten uns vor, diese Umstände zu prüfen und stellen fest, daß noch unserer Auffassung das bisherige Verhalten der russischen Delegation keinen Anlaß bietet, den Frieden scheitern zu lassen.

Das Oberkommando gegen den Bund der Kriegsbeschädigten. Absehung des Vorsitzenden.

Der Oberbefehlshaber in den Marken hat gegen den Vorsitzenden des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, Redakteur Erich Ruttner, folgende Verfügung erlassen:

Die festgestellten sind, haben Sie am 18. Januar 1918 in einer Versammlung des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer in den Sophienhallen an die Versammlungsteilnehmer die Aufforderung gerichtet, die Bänder unserer Kriegsauszeichnung zum Zeichen des Protestes abzulegen. Diese Aufforderung, der zahlreiche Inhaber des Eisernen Kreuzes Folge geleistet haben, ist geeignet, die im Heere und Volke hochgeachtete Kriegsauszeichnung verächtlich zu machen, und hat in weitesten Kreisen des deutschen Volkes lebhaften Unwillen erregt.

Ihr Verhalten beweist, daß Sie die sachliche Leitung des vorbezeichneten Bundes nicht gewährleisten. Ich verbiete Ihnen daher hiermit auf Grund des § 10 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 jede weitere Tätigkeit für den Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.
gez. von Kessel,
Generaloberst.

Dem gegenüber stellen wir fest, daß der B. d. K. u. A. die Bindung der abgelegten Bänder an Herrn v. Tirpitz folgen machen begründet hat:

Sie (die Kriegsbeschädigten) wollen durch diese symbolische Handlung ihren Widerspruch dagegen zum Ausdruck bringen, daß unverdammte Krieger trotz ihrer Verwundung und gelingener Auszeichnung nicht gegen Verhandlungen der Vaterlandspartei geschützt werden, ferner dagegen, daß sie infolge der Angeberei des Herrn Lüdecke verhindert worden sind, ihren Widerspruch durch Worte zum Ausdruck zu bringen.

Das Oberkommando geht also von irrigen Voraussetzungen aus. Es handelt sich nicht um eine Verächtlichmachung des E. K., sondern um einen Protest gegen seine Mißachtung durch die Vaterlandsparteiler. Der Irrtum wäre vermieden worden, wenn der Bundesvorsitzende vor der Verhängung der Maßregelung über ihn auch nur vernommen worden wäre.

Das preussische Herrenhaus

Hielt am Donnerstag noch eine Sitzung ab. Graf Nord erklärte, daß er den Antrag, wonach das Herrenhaus ansprechen solle, daß allein der Kaiser berechtigt ist, Zeichen zu erteilen, vorläufig zurückziehe, da auch der Hauptauschuss des Reichstages von einer Debatte über West-Litowol abgesehen hat.

Die belagerte Tagesordnung wurde ohne Erörterung erledigt und man vertagte sich auf unbestimmte Zeit.

Arbeit für Herrn von Waldow.

Bekanntlich will Herr von Waldow dem Schleichhandel gründlich zu Leibe gehen und rücksichtslos gegen diejenigen einschreiten, die „hinten herum oder offen, Waren über dem Höchstpreis laufen oder verkaufen“.

Jetzt bietet sich ihm dazu eine vortreffliche Gelegenheit. Vor uns liegt folgendes Schriftstück:

Stellb. Generalkommando XIV. A. K.
Kriegsdienststelle Karlsruhe, den 2. Januar 1918.
II. g. No. 5488. die Firma . . . Karlsruhe.

Die Kriegsdienststelle teilt auf dortiges Schreiben vom 14. v. M., welches vom Verwaltungsrat der F. J. S. Mannheim hierher geleitet wurde, mit, daß augenblicklich von Berlin aus nur Butter, allerdings zu 9 M. das Pfund und Speisestärke zu 50 Pf. angeboten ist.

Soll diese Lebensmittel für Ihren Betrieb von Interesse sind, ersuche ich um baldige Mitteilung.
Stellb. Generalkommando, XIV. A. K.
Kriegsdienststelle.
J. A. (Unterschrift unleserlich.)

Hier wird also Butter angeboten, die um sechs Mark teurer ist als der Höchstpreis. Ob es sich um die faßförmig bekannte „Landsdewore“ handelt, geht aus der Zuschrift nicht hervor, wohl aber das eine: daß man, wenn man den dreifachen Preis bezahlt, Butter erhalten kann und noch dazu durch Vermittlung des Stellvertretenden Generalkommandos, das dann dafür sorgt, daß die Landesverteilungsstelle für Schwerarbeiter Butter liefern kann. Bis dann noch die üblichen Speise drauf geschlagen sind, kann der Durchschnittsverarbeiter einen bis fünfviertel Tag arbeiten, bis er ein Pfund bezahlen kann. Die Bevölkerung stellt mit Recht das Verlangen, daß ein solches System so rasch wie möglich beseitigt werde.

Eine Traub-Versammlung — und was daraus ward.

Mächtige Friedendkundgebung in Frankfurt a. M.

„Was dem deutschen Volke not tut!“ Darüber wollte der Pfarrer Traub das Volk von Frankfurt a. M. aufklären. Und das Volk war auch außerordentlich begierig zu erfahren, was ihm nach der Auffassung des so vielenmännigen Pfarrers fromme. Bereits um 7 Uhr, eine Stunde vor Beginn der Versammlung, war der mächtige Saal überfüllt. Die Türen mußten geschlossen werden. In den angrenzenden Gängen, auf den Fluren, Gartenanlagen und auf dem Aesensplatz vor dem Zoologischen Garten standen noch Tausende, die keinen Einlaß finden konnten. Unter den Teilnehmenden, die den Saal in qualvoller Enge besetzt hielten, waren noch keine hundert Anhänger der Vaterlandspartei. Unter Bewachung eines Schutzmannes besaß gegen 8 Uhr der Versammlungsleiter, Pfarrer Kübel, die Tribüne. Danach begann der Pfarrer: „Meine Herren, die Vaterlandspartei . . .“ weiter kam er nicht. Ein Arbeiter rief: „Es lebe der Friede, hoch die Freiheit!“ und nicht endenwollender Jubel erschallte und pfanzte sich fort bis auf die Straße. Immer neue Ovationen wurden dem Frieden gebracht. Pfarrer Traub hatte sich während der ganzen Zeit hinter einem Vorhang auf der Bühne verborgen gehalten. Zwischen hatte sich auf der Straße die Masse zu Demonstrationen geformt und unter den Klängen der Marseillaise ging es durch die Stadt. Der Zug wurde lawinenartig. Aus allen Fenstern begleiteten ihn Hochrufe und Tücherwinken. „Friede und Freiheit!“ hallte es durch die Straßen. „Nieder mit der Vaterlandspartei!“ An den Gebäuden der „Volksstimme“ und der „Frankfurter Zeitung“ wurden Hochrufe ausgebracht, an dem Hause eines Annexionsblattes die Fensterläden eingeschlagen. Nach etwa einständigem Umzug zerstreute die Polizei die Demonstranten, die willig auseinandergingen.

Letzte Nachrichten. Russisches Ultimatum an Rumänien.

Petersburg, 15. Januar. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ultimatum des Rates der Volkskommissare an die rumänische Regierung. Der Kommandant der 49. Division teilt uns mit, daß die rumänischen Behörden feindliche Handlungen gegen russische Soldaten unternommen und keinen Lebensmitteltransport durchlassen. Das 124. Regiment der 49. Division wurde von rumänischen Streitkräften umzingelt und entwaffnet, die auch den Ausschlag des 195. Regiments und österreichische Offiziere, die zum Besuch der russischen gekommen waren, verhafteten. Der Rat der Volkskommissare verlangt die Freilassung der verhafteten Soldaten und Offiziere, Bestrafung der militärischen Behörden, die die Verhaftungen vorgenommen haben, und Sicherheiten dafür, daß sich derartige Vorfälle nicht wiederholen. Falls eine Antwort innerhalb 24 Stunden nicht erfolgt, wird unsere Reklamation als ein neuer Bruch betrachtet werden und

wir werden die nachdrücklichsten militärischen Maßnahmen treffen. Gez. Lenin, Oberbefehlshaber Archenko und Kriegsbefehlshaber Podwojski.

Besprechungen neutraler Prehorgane.

Petersburg, 15. Januar. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Auf einen in Geheimarchiven aufgefundenen Schriftstück sind Ausgaben zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Italien, der Schweiz, den Niederlanden, Spanien, Persien und den Vereinigten Staaten bezeichnet. Der amerikanische Journalist Walplich hat für einen Vortrag im März 1915 2500 Dollar erhalten, ein gewisser Landfeld für Einrichtung eines Pressebureaus 2500 Dollar, der russische Journalist Dobroff für die Zeitung „Russi Emigrant“ 2000 Dollar.

möglichst. Zur Begünstigung der Kindererzeugung...
Die Wähler sind es, die den Staat retten sollen! mahnte Baginsky. Von einer Befolgung auch für die unehelichen Mütter, die sich an der Staats-
erhaltung durch Mindererziehung ebenso wirksam beteiligen, sagte er
nichts. Der Redner sprach dann über die Maßregeln zum Schutz
des Nachwuchses von den Säuglingen bis zu den Schulanfängern
und über die Zusammenfassung der Fürsorgeeinrichtungen in
Jugendämtern. Dem Jugendamt der Stadt Berlin, das demnächst seine Arbeit
beginnen will, scheint er einiges Misstrauen entgegenzubringen. Er
belaachte, daß in Berlin ein gewisser häßlicher Chauvinismus existiert.
Wo die Stadt die Mittel gibt, wolle sie entscheiden. Sie dürfe aber die
freie Liebestätigkeit alter und bewährter Vereine nicht unterdrücken.
Zum Schluß rief Baginsky, daß in Berlin das Jugendamt sich ohne
einen Arzt behelfen wolle. Ohne Arzt sei das Jugendamt eine
„Kochkugel“. Fraulein Dittmer berichtete über ihre den Jugendlichen
gewidmete Fürsorgearbeit und knüpfte daran einige Wünsche für das
Jugendamt. Zum Schutz der gefährdeten Jugend müsse das Jugendamt
eine Hilfsstelle haben, wie sie beim Polizeipräsidium Berlin unter
Leitung von Hl. Dittmer besteht, und Heime bereit halten. In der
Besprechung verwarf Dr. Schwalbe den Vorschlag bezüglich des
Frauenstimmrechts, weil dieses Mittel wirkungslos bleiben würde,
und empfahl gegen den Geburtsrückgang soziale Maßregeln, z. B.
Minderzulagen für Beamte. Eine von ihm beantragte Erklärung,
die für das Jugendamt Berlin einen in der Jugendfürsorge vor-
züglich erfahrenen Arzt in leitender Stellung forderte, wurde als
nicht seinen Erfolg mehr versprechend bekämpft und fand dann
keine Mehrheit. Einig aber war man darin, daß im Jugendamt
ein Arzt nötig sei.

Ausgabe der neuen Gewerbelohnkarten.

Die Ausgabe der für Februar und März gültigen Gewerbelohnkarten zum Kohlenbezug für Bäckereien, Schlächtereien, Gastwirtschaften, Gärtnereien, Badeanstalten und ähnlichen Betrieben, soweit sie dem täglichen Bedarf der Bevölkerung dienen, und in sonstigen Betrieben mit einem monatlichen Kohlenverbrauch unter 10 Tonnen erfolgt vom 21. Januar bis 2. Februar für die einzelnen gewerbelichen Verbraucher durch die gleichen Stellen, bei denen im Oktober 1917 die Anmeldung des Betriebes und die Ausgabe der alten Gewerbelohnkarten erfolgt ist.

Wankkalender 1918. Die rege Nachfrage nach Kalendern veranlaßt die Vorwärts-Expedition zur Herausgabe eines Wandkalenders. Er ist handlichen Formats, auf kräftigen Karton gedruckt, enthält Raum für Notizen und kostet nur 15 Pf. Bestellungen wolle man umgehend an unsere Austrägerinnen richten.

Bund der Kriegsbefähigten und Vaterlandspartei. Der Bund der Kriegsbefähigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer veranstaltet am Sonntag, den 20., mittags 12 Uhr, erneut eine große Mitgliederversammlung im Lehrerseminar am Alexanderplatz. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Vorkommisse auf der Versammlung der Vaterlandspartei, Referent Bundesvorsitzender Kuttner. 2. Das Wohltracht der Kriegsteilnehmer, Referent die Kameraden Sibsovich M. d. N. und Davidsohn M. d. N. Die vom Polizeipräsidium beantragten Unterlassungen, die am vergangenen Sonntag zum Verbot der Versammlung führten, sind nachgeholt worden, so daß mit einem Entschluß der Versammlung bestimmt zu rechnen ist. Die Kameraden, namentlich die Kriegsbefähigten, werden um vollständiges Erscheinen gebeten. Mitgliedsausweis ist mitzubringen. Beitragsentlassungen können wochentags von 8-8 Uhr (Sonntags von 10-12 Uhr) auf der Geschäftsstelle des Bundes, Lindenstr. 114 III, mündlich oder schriftlich, ferner auch am Eingang der Versammlung, lokal abgehoben werden.

„Heizkugeln“ und „Dauerbrand“-Pulver. Vor den von gewissenlosen Gewerbetreibenden in den Handel gebrachten „Heizkugeln“ warnt das Polizeipräsidium. Diese sollen den Zweck haben, Heizstoffe zu ersparen, können aber im günstigsten Falle nur etwa 10 wahren, wie die Wände eines Kachelofens, indem sie einen Teil der vom Feuer erzeugten Wärme aufspeichern und langsam wieder abstrahlen. Selber erzeugen sie keine Wärme und können auch keine Ersparnis an Heizstoffen herbeiführen. — Achtlich verhält es sich mit einem Pulver, das unter dem Namen „Dauerbrand“ angeboten wird. Es soll, mit kaltem Wasser angerührt und auf Kohlen oder Bricketts gegossen, die Glut lange unterhalten. Auch hier handelt es sich um eine wertlose Schwindelware, vor deren Ankauf dringend gewarnt werden muß.

Sechster Kohlenwucher. Der Kohlenhändler Johann T r e n d e l, Wallner-Theater-Straße 18, war vom Kriegswucheramt wegen Heberlei der Kohlenwucherpreise verwahrt worden. Er beachtete die Verwarnung nicht, sondern machte sich weiter der Preisstreiberlei schuldig. Infolgedessen verkaufte er Kohlenanzünder mit einem Verdienst von 200 Proz. Das Kriegswucheramt hat ihm nunmehr den Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, besonders mit Heiz- und Leuchtstoffen untersagt.

„Die ist richtig“ betitelt sich die neue Gesangsposse des Rational-Theaters in der Ebnisdorfer Straße. Den Text dazu hat Dr. Arthur Lippich, die Couplets W. Steinberg und die Musik der Direktor Walter Fromme gemacht. Die „Richtige“ ist ein echtes Berliner Kind, die Tochter eines emporgelommenen Wäldermeisters, die es sich in den Kopf gesetzt hat, samt ihrer Schwester recht schnell unter die Haube zu kommen. Wie es aber gewöhnlich bei Heiratsgeschichten zu sein pflegt, lautet „Sie“ resp. „die Aiten“, einen möglichst vornehmen Ehemann zu erwecken und die Herren „Schwiegeröhne“ natürlich nicht minder. Erst als die Heirat perfekt werden sollen, sagt man sich gegenseitig, daß „kein Ross“ vorhanden sei. Sie kriegen sich aber doch, und infolgedessen das Bild auf alle Heiratslustigen eine erzieherische Wirkung ausüben, aber es zeigt, wie man es nicht machen soll. Um die Aufführung machten sich besonders verdient die Damen Mia Elis, Anni Weinhans und Marie Grimm-Eindobhofer und die Herren Wessel, Brosig und Saal. Das ausverkaufte Haus belohnte diese Leistungen mit so hitzigen Beifallsstürmen, daß man der Novität eine lange Lebensdauer im Spielplan voraussagen darf.

Lichtspiele Tauengien-Palast. „Es werde Licht“ II. Teil gelangt heute zur öffentlichen Aufführung. Das Werk, das aus der Feder von E. A. Dupont und Richard Oswald stammt, enthält im Rahmen eines spannenden Romans eine kulturelle Tendenz, die durch die Unterdrückung der ärztlichen Gesellschaft für Sexualwissenschaft in ihrer wissenschaftlichen Erziehung verhängt ist.

Zugzusammenstoß auf dem Nordring. Mittwoch abend gegen 7 1/2 Uhr fuhr zwischen den Stationen Jungfernhöhe und Weikend ein Personenzug des Nordrings auf einen dort haltenden anderen Nordringzug auf, der noch keine Einfahrt in die Station Weikend hatte. Der Zusammenstoß war so erheblich, daß einer der Wagen vollständig zertrümmert wurde. Von den Insassen des Zuges erlitten zehn Personen zum Teil schwere Verletzungen.

Kreis Teltow. Ausdehnung der Zulassung für Kinder. Die Kreisverwaltung beabsichtigt, die Zulassung für Kinder auszuweihen und zwar in der Weise, daß vom 1. Februar ab den Kindern im ersten Lebensjahre 1 1/2 Pfund, den Kindern im zweiten Lebensjahre 1 Pfund, den Kindern vom dritten bis zum Schluß des sechsten Lebensjahres 1/2 Pfund über die ihnen auf Grund der allgemeinen Zulassung zutreffenden Menge hinaus gewährt wird. Die Ortsbehörden des Kreises sind im Hinblick hierauf ersucht worden, dem Teltower Kreisamt so schnell wie möglich anzuzeigen, wieviel Kinder für jede dieser drei Altersklassen in Frage kommen.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Zur Reichstagswahl in Niederbarnim.

Der Termin für die Wahl ist noch nicht festgelegt, die eigentliche Wahlarbeit hat noch nicht begonnen. Trotzdem ist jetzt schon für diejenigen, die die Wahl unseres Genossen Rudolf Wisse II fördern wollen, die Zeit da, ihre Vorbereitungen zu treffen. Für den Ausfall der Wahl wird die Verbreitung des „Vorwärts“-Zetel bedeuten mindestens fünfmal so viel Wähler mehr.

Der Ausgang der Wahl wird in hohem Maße mit davon abhängen, wieviel Leser der „Vorwärts“ im Monat Februar im Kreise haben wird, nicht weniger natürlich auch von der Stärke unserer Organisation. Wer unsere Organisation stärkt und den „Vorwärts“ verbreiten hilft, hilft damit die Einheit der Arbeiterbewegung gegen schädliche Zersplitterungstendenzen stärken. Die Tage, die uns von dem nächsten Monatswechsel trennen, sind darum wichtige Vorbereitungsstage für die Wahl und müssen als solche ausgenutzt werden. Wägen die Leser des „Vorwärts“ im Kreise Niederbarnim in diesem Sinne tätig sein!

Nichterfelde. Ungefähr 200 Personen hatten sich am Dienstag in der von der sozialdemokratischen Bezirksleitung einberufenen Versammlung eingefunden. Genosse G r o g e r sprach über das Thema: „Waldow - Neudöln - Nichterfelde.“ Ausgehend von der Tatsache der nun einmal bestehenden Nahrungsnotlage, den unhaltbaren Zuständen auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung ging Redner über zu einer harten Kritik an der zweiseitigen Schreckensherrschaft des Herrn v. Waldow: als Lebensmittelhändler und als Mächer des verletzten Rechtes der Höchstpreise. Es sei leider bedauerlich, daß in Groß-Berlin nur zwei Gemeindebehörden, Neudöln und Nichterfelde, den Mut besäßen, dem Kriegsernährungsamt ohne Rücksicht die Wahrheit zu sagen.

In dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte sich keine Aussprache. Dagegen fand folgende Entschließung einstimmige Annahme:

Die Versammlung verurteilt die vom Kriegsernährungsamt und seinem derzeitigen Leiter getätigte Ernährungspolitik, die nur ein System der Halbheiten ist und die Schichten der Erzeuger und des Handels begünstigt, während es die Verbraucher zugrunde gehen läßt.

Die Versammlung verlangt, daß alle Nahrungsmittel für die Zwecke der öffentlichen Verköstigung erfasst und von den Reichs- bzw. Staatsstellen beschlagnahmt werden; erst dann kann unter Wahrung aller Schwierigkeiten, die durch die Kriegsverhältnisse entstanden sind, eine den Verhältnissen entsprechende ausreichende und gleichmäßige Ernährung des Volkes ermöglicht werden.

Unter der gegenwärtigen politischen Herrschaft in Preußen-Deutschland, in der Adel, Bureaucratie und Finanzkapital den staatlichen Verwaltungsapparat und die Gesetzgebung in Händen haben und in ihrem Klasseninteresse bestehen, besteht keine Aussicht, daß durchgreifende Maßnahmen für eine zweckmäßige Ernährungspolitik ergriffen werden. Die Versammelten verpflichten sich, mit zäher Energie für die Demokratie und für eine demokratische Verfassung ihre ganze Kraft einzusetzen, die allein die Gewähr dafür gibt, daß die Interessen des Volkes in wirksamer Weise wahrgenommen werden.

Wanzig Versammlungsteilnehmer erklärten ihren Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei.

Landw. Mitgliederversammlung am Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Lokal von Dohn, Kaiser-Wilhelm-Straße 34: Vortrag des Genossen Bartels über: Frieden, Freiheit, gleiches Recht.

Aus aller Welt.

Entgleisung eines Urlauberszuges.

25 Tote und ebensoviel Verwundete.
Aus Saarbrücken wird unterm 16. gemeldet: Der Urlauberszug 248 ist heute morgen bei R i r n infolge einer unrichtigen Entgleisung. Maschine, Packwagen und drei Personenzüge stürzten in die Nahe. Etwa 25 Personen wurden getötet und ebensoviel verletzt. Der Zugverkehr auf der Nahebahn ist unterbrochen.

Arbeiter-Zamariterband. Kolonne Groß-Berlin. Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 3 Uhr: Generalversammlung bei Schulg. Königsgaden 2. Tagesordnung: Kassenbericht und Vorstandswahl nach dieser: a) von 6-8 Uhr: Gemüthliches Zusammensein. — Montag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Lehrabend, Vortrag und Übung. Gäste haben einmaligen freien Zutritt. Mitglieder und Teilnehmer werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Briefkasten der Redaktion.

1875 Alfred. Nur wenn Sie zu 60% Proz. erwerbsunfähig erachtet sind, können Sie Anspruch auf Invalidenrente erheben. — W. 30. 1. Kein, da die Reichsgerichtsentcheidung auf Ihren Fall keine Anwendung finden kann, dann der Kaufvertrag wurde von Ihnen bei der ersten Verletzung nicht abgebrochen, eine Steigerung ist also nicht innerhalb des Vertrages eingetreten. 2. Kein, jede Klage verjährt und ausfalllos. — A. G. 77. 1. Es empfiehlt sich, bei der Berufsgenossenschaft, bei der der Betrieb verfahren ist, um Erteilung eines Rentenbescheides zu wachen. 2. Nein. 3. und 4. Nein, die Rente verjährt und als gefällte Beiträge. 5. Beim Ankauf der Invalidenrente werden diese Beiträge von der Polizei beschlagnahmt. — R. G. 9. Der alte Vertrag ist weiter in Gültigkeit; Sie müssen die volle Rente nachbezahlen. — A. 20. Ihre Frau hätte beim Ankauf auf Unterhalt bis Ende Januar. Begehrende ist beim Regierungspräsidenten einzulegen. — A. 59. 1. Nur wenn Bedürftigkeit vorliegt, d. h. in diesem Falle, wenn die Eltern auch schon Unterhalt für den Sohn bezogen haben. 2. An das Gefahrbattillon des Truppenteils, zu dem der Sohn eingezogen ist. — A. 100. Zahlung und Nachzahlung der Rente wird von Ihnen erst nach der Entlassung verlangt werden, es sei denn, Sie haben versprochen, daß zur Sicherheit dafür in Anspruch genommen werden kann. — G. 5. 10. Nein, nur der Marine. 2. Ja. — A. 45. Wenn nicht besonders zwingende Gründe vorliegen, hat ein solches Urlaubsgeld keinen Zweck. Es ist event. an den Kompanieführer einzusetzen. — W. 37. Die Kündigung ist zwar nicht an die Zeit bis 12 Uhr mittags gebunden, sie war also noch um 7 1/2 Uhr abends zulässig, bei monatlicher Mietzahlung aber konnten Sie doch nur zum 1. Februar am 15. Januar kündigen. Die Wirtin verlangt also mit Recht Zahlung bis 1. II. — G. 7. 20. Schied mit zum Einkommen und in Feuerpflicht. — A. 6. 70. Es würden Ihnen zum Bezüge der Altersrente noch Ihren Angaben noch etwa 30 Markten fehlen. Unter Vorlegung Ihrer Markten müßte aber doch lieber noch eine genaue Nachprüfung erfolgen. — Friedrichsfelde 22. Die Steuern sind bis Ende 1917 zu zahlen. B. 2. 12. 1. Wenn es sich um einen Nichtvertrag handelt, ja, wenn um einen Dienstvertrag, nein. 2. Auf keinen Fall. 3. Ja. 4. Ja, es können Renten der niedrigsten Klasse gefordert werden, um die Armut zu aufrechtzuerhalten.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Teilweise heiter, jedoch vorwiegend windig, öfter Niederschläge. Temperatur: um den Gefrierpunkt schwankend.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mechaniker
Oskar Hauke
Samostr. 13,
am 13. Januar gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes, Hermannstr. 11/12, statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Metallarbeiter
Hermann Reupsch
Schaller Str. 63/64,
am 12. Januar gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Neudöln, Hermannstr. 11/12, statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachrufe.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klempner
Otto Lindner
Rüdersdorfer Str. 25,
am 5. Januar gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mechaniker
Paul Zabel
Neudöln, Kaiser-Friedrich-Straße 160,
am 5. Januar gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
221/18. Die Ortsverwaltung.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuss,
Friedrichstr. 125 (Oranien T.),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10T.),
Blutuntersuch. Schnell, sichere
schmerzlos. Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung. 222/12
Sprechstunden: 11-1 u. 6-8.

Deutscher Transportarbeiterverband.
Bezirksverwaltung, Groß-Berlin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlenarbeiter
Fritz Löwe
am 12. d. M. im Alter von 55 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neudöln-Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Ferner starb unser Kollege, der Bodenarbeiter
Wilhelm Stöbsand
von der Firma West. Coeblerwerkzeug, Kaulischer Straße, am 16. d. M. im Alter von 38 Jahren.
Die Beerdigung findet am Montag, den 21. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Neudöln, Hermannstr. 11/12, statt.
Ehre ihrem Andenken!
Um rege Beteiligung wird erbeten.
Die Bezirksverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere innigst geliebte, herzensgute Tochter
Berta Ballerstedt
am 15. Januar, nachmittags 4 Uhr, infolge Herzschlag plötzlich sanft entschlafen ist.
Im besten Schmerz.
Die trauernden Eltern und Geschwister.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes Mariendorf, Eisenacher Straße aus statt. 18596

Allen Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere innigst geliebte, herzensgute Tochter
Berta Ballerstedt
am 15. Januar, nachmittags 4 Uhr, infolge Herzschlag plötzlich sanft entschlafen ist.
Im besten Schmerz.
Die trauernden Eltern und Geschwister.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes Mariendorf, Eisenacher Straße aus statt. 18596

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Vater, Bruder und Schwager, der Leinwand
Otto Dunker
am 15. Januar nach kurzer Krankheit im 54. Lebensjahre verstorben ist.
Beerdigung: Sonnabend, den 19. Januar, um 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Kullerstebungs-Gemeinde, Weihenfeld.
Um stille Teilnahme bitten.
Die selbstbetriebe Gattin
Ella Dunker nebst Kindern,
Richard Dunker, als Sohn,
Petersburger Str. 94.

Am 15. Januar verschied nach langen schwerem Leiden im Lazarett in Rawendorf mein innigst geliebter Vater, der treuergebende Vater meiner Kinder, Sohn, Schwieger- und Onkel, der Landwirthmann
August Telge
im 36. Lebensjahre. 18565
Dies geht im Rahmen der trauernden Hinterbliebenen an
Martha Telge als Gattin nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Januar, 3 Uhr, auf dem Garnison-Kirchhof, Hafenselbe, statt. Röntgenial, den 17. 1. 18.

Am 15. Januar verschied nach langen schwerem Leiden im Lazarett in Rawendorf mein innigst geliebter Vater, der treuergebende Vater meiner Kinder, Sohn, Schwieger- und Onkel, der Landwirthmann
August Telge
im 36. Lebensjahre. 18565
Dies geht im Rahmen der trauernden Hinterbliebenen an
Martha Telge als Gattin nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Januar, 3 Uhr, auf dem Garnison-Kirchhof, Hafenselbe, statt. Röntgenial, den 17. 1. 18.

Möbelfabrik Hoffnung
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Berlin, Krautstr. 52.
Um Sonntag, d. 17. Februar 1918, vormittags 9 Uhr,
im Geschäftsfoto 11:
Generalversammlung.
Tagesordnung:
Geschäftliches. Bilanz. Wahl des Vorstandes und Aufsichtsrats. 107/11
Der Vorstand:
W. Langer, Joh. Suda.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90
direkt am Stadtbahnhof.
Behandl. von Syphilis, Gonorrhoe, Frauenleiden, (bes. chron. Fälle), Ehrlich-Hata-Kur, Schmerzlose, sichere Behandlung ohne Berufsunterbrechung. Blutuntersuchung. 222. Preisliche Teilzahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 6-8, Sonnt. 11-1.

Führer
durch das preussische Einkommensteuergesetz
Mit 19 Formularen für Eingaben und Nachtragungen, sowie einem ausführlichen Sachregister.
Preis 40 Pf.
In haben in allen
Vorwärts-Ausgabestellen
und in der
Buchhandlung Vorwärts,
Berlin SW. 65, Lindenstraße 3

Inventur-Gelegenheit
Möbel-Verkauf.
Erfolgreiche Versteigerung und Schlafzimmer.
Inventur-Nachlass 5 Proz. 19602
Möbelfabrik Siebeky, Gneisenaustr. 93/94.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigauer Str. 71-73a
empfiehlt gute preiswerte Möbel
154 Musterräume
Lagerräume: 6696 q-Meter groß.
Vorsand nach allen Plätzen Deutschlands. Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
Am Sonntag von 12-2 geöffnet.

Feurig-süßer Santa-Lucia-Wein
Küchlich in Apotheken, Drogerie- u. Delikatess-Geschäften.

Im Zentralgefängnis für Oberbürgermeister.

Ein Sommernachtsraum von Th. Thomas.

Kun war es also doch geschehen. Das Kriegsbernährungsamt hatte es durchgesetzt, daß gegen sämtliche Oberbürgermeister die Anklage erhoben wurde, damit sie wegen Schleichhandels, Uebertretung der Höchstpreise und einiger anderer Straftaten vor dem Stadtr. kämen.

Die Folge war, daß schon in den nächsten Tagen zahlreiche Erklärungen nach Berlin gingen, in denen sich die örtlichen Behörden als betrogen bezeichneten. Holtzet, Staatsanwalt und Untersuchungsrichter erklärten rund heraus, daß sie von dem Schleichhandel ihres Oberbürgermeisters nichts wußten. Einige waren ehrlich genug, darüber hinaus zuzugeben, daß auch sie für sich schleichend zu handeln gezwungen wären. Sie meinten, nur eine Stelle, die völlig unschuldig sei, könne das Verfahren durchführen, dafür kämen aber die Behörden als Richter nicht in Frage.

So entschloß sich der öffentliche Ankläger, die verbrecherischen Stadthaupter nach Berlin zu berufen. Hier richtete er zunächst das allergrößte Hotel für sie ein. Es reichte nicht aus. Den ersten Bürgermeistern folgten bald die zweiten; dann kamen die Lebensmitteldeserenten, bis schließlich, ehe überhaupt das Verfahren richtig eröffnet war, schon 2400 Gefängnisse hinter den schwedischen Gardinen lagen.

Schwierigkeiten machte die Verpflegung. Sie wurden von der Stadt Berlin so schlecht beliefert, daß die Verwaltung dieses Zentralgefängnisses genötigt war, auf Umwegen größere Mengen Nahrungsmittel zu beschaffen. Wie sie ihr gerade angeboten wurden: aus Ost- und Westpreußen, aus Mecklenburg und dem Harz, liberal lautete sie teure „Auslandsware“ ein. Während oben die Arten in Sachen „Schleichhandel“ immer mehr anwuchsen, lockte man unten lustig und munter Biering und Erdbeerkuchen direkt vom Bahnhof Stolz verladen zu Preisen, daß die Kasse schamlos wurde.

Das wichtigste war die Auffindung von Richtern, die unbedarft saßen, das heißt: von dem Leben, was sie auf Karten bekamen, nicht mehr. Ein öffentliches Ausschreiben in der „Deutschen Juristenzeitung“ ergab fünf Meldungen. Davon waren drei Selbstzeugnisse, dem vierten hatte seine Frau weis gemacht, um ihn im guten Glauben zu erhalten, alles was auf dem Tisch käme, sei rationiert. Der fünfte aber kam direkt von der Front, konnte sich also noch nicht gegen die zu vielen, wollte schreiben, „zivilen“ Gesetze vergangen haben. Sie und die nötigen Hilfskräfte wurden angenommen.

Zunächst begann eine Sammlung der vielen Tausende von Verordnungen des Kriegsbernährungsamtes, der Reichsstellen, der Provinz- und Kommunalverbände und anderer Behörden. Als diese Sammlung bei der Nummer 7777 angekommen war, mußte der eben von der Front gekommene Richter schon entscheiden, da zwischen seine heimliche Butterquelle entdeckt worden war. Der zweite hatte sich ernstlich Sorgen gemacht, nur von dem zu leben, was ihm die Berliner Lebensmittelkarte zuwies; er suchte darin und fand wieder an den Tisch, den ihm seine Frau „in gutem Glauben“ deckte. Für die beiden wurden andere von der Front reklamiert. Die restlichen drei hielten bei ihren Zuschüssen als Selbstzeugnisse glatt durch.

Langsam kam es soweit, daß verantwortliche Vernehmungen gemacht werden konnten. Inzwischen war die Zahl der Angeklagten ins Uferlose gewachsen. Neben den 2400 Stadtoberen, Unter- und Mittelhäuptern, wurden 7000 Großunternehmer eingeliefert, die für ihre Werke Waren zu Wucherpreisen ergattert hatten. Dann marktierten ungefähr zweitausend Direktoren von staatlichen und städtischen Unternehmungen an, hierauf folgten die Leiter der Pensionsanstalten, der Hotels und Privatanstalten. Man schätzte ihre Zahl auf 25 000. Berlin wurde eine einzige Kaserne von Leuten, mit schleichender Krankheit. Aber noch waren keine Verhaftungsbescheide ergangen gegen solche, die Lebensmittel zu Wucherpreisen angeboten, vermittelt oder in unerträglicher Weise zurückgehalten hatten.

Die Sünden wurden nach Städten geordnet, das Alphabet reichte allein nicht aus, sie zu untercheiden. Zwischen durch erfolgten die Verhöre. Sie waren alle ziemlich gleichförmig. Hören wir einem solchen zu:

„Sie sind Oberbürgermeister und W. d. S.“

„Ja wohl.“

„Hm. Sie scheinen doch sonst ein ganz anständiger Mensch zu sein, wie konnten Sie nur so tief sinken?“

„Im Hinblick auf die Not meiner Mitbürger, Herr Rat.“

„Ach was. Die Gesetze verboten es, basta. Das wußten Sie doch ganz gut, was Ihre Pflicht war. Sie...“

„Reine Pflicht kenne ich gut. Aber kein Mensch kann ein Gesetz

einhalten, das unter Umständen eine ganze Stadt zum Hunger zwingt, während Lebensmittel genügend angeboten werden. Wenn sie alle hungern, ist es nicht so schlimm, als wenn der eine Teil aufessen muß, wie die anderen essen. Wer den Schleichhandel verbietet, aber nicht den Mut hat, das, was vorhanden ist, so zu erfassen, daß eine gerechte Verteilung möglich ist, hat Stillschuldigkeit geleistet!“

„Das steht hier nicht zur Erörterung.“

„Das läßt tief blicken. Dann will ich sagen: Wenn ich alle Wege erschöpft hatte, wenn ich bei den Reichs-, bei den Staats-, den Kommunalbehörden abgewiesen worden war, was sollte ich tun? Nehmen wir frisches Gemüse. Seit Wochen ist kein Kohlloß mehr in der Stadt. Telegramm aus Berlin: Nichts frei, alles für das Militär beschlagnahmt. Am selben Tage bietet mir jemand zwanzig Waggons Wirsing aus Hinterpommern an. Mühte ich da nicht zugreifen, selbst wenn der Preis ein höherer war?“

„Kein. Sie mußten es zur Anleihe bringen.“

„So. Sehr gut. Und meine Mitbürger hätten zugesehen, wie die 20 Waggons auch noch andere wegschnappten. Nicht wir, die Reichsstellen haben verkauft.“

„Erlauben Sie mal, wer ist eigentlich der Angeklagte, Sie oder ich?“

„Nicht Sie und nicht ich, sondern die Halbsheit der verhängten Maßnahmen. Ein anderer Fall: In den Fabriken verlaufen die Unternehmer beschlagnahmte weiße Wollenen. Und im Stadthaus schlägt man dabei bald die Fenster ein, weil wir nicht genügend Nahrungsmittel und Hilfsstoffe haben. Da bietet man der Stadt telegraphisch tausend Zentner Wollenen an. Hätten Sie da nicht zugriffen, wenn Sie auch noch so teuer sind?“

„Ja, und die Gesetze?“

„Ja und der Hunger und die Zufriedenheit meiner Untertanen? Warum wird nicht einfach alles erlaubt und gerecht verteilt, warum ist es möglich, daß die Waren nebenaus gehen? Warum können ganze Güterzüge angeblich beschlagnahmter Waren in...“

„Sie sind ein ganz verstockter Mensch. Gehen Sie wieder zurück in Ihre Zelle und lernen Sie einsehen, daß wir über das, was von oben angeordnet wird, uns nicht den Kopf zu zerbrechen haben. Wir haben einfach zu gehorcht, das ist unsere schöne und erhabene Untertanenpflicht.“

So sprach der Richter. In dieser Tonart ging es mit einigen Abweichungen immerzu. Dabei wurden die Käufer voller und voller. Stündlich meldeten sich neue Klassen, die eingeschert werden wollten. Die Verpflegung war nämlich dank dem Schleichhandel so gut geworden, daß es stehende Nebenart in Berlin wurde:

„Du, wo kann man denn noch gut essen?“

„Im J. f. D., da ist noch alles zu haben.“

Schließlich verfuhr den Justizbehörden der Atem. Es stellte sich heraus, daß es besser ist, die einzuipern, die nicht geschlichen hatten, denen tat es nämlich am nötigsten. Jedem langte für diese zur Rot Moabit vollkommen aus.

Im übrigen begnügte man sich, die Adressbücher der Städte einzuziehen, um auf Grund des Einwohnernachweises das Verfahren zu vereinfachen. Nach und nach wurden sie alle in die Sache verwickelt. Da aber viele Städte infolge Papiermangels kein Adressbuch hatten, so wurde auch dieser Ausweg wieder aufgegeben.

Etwas mußte aber geschehen, um das Rechtsbewußtsein im Volke zu erhalten. Es wurde eine Verordnung erlassen, wonach für den Schleichhandel auch Karten ausgegeben werden sollten. Da man ihn nicht ausrotten konnte, wohl nicht wollte, weil dann die siebenmal geheiligten Rechte der Landwirte allzu stark verletzt würden, so sollte er wenigstens durch Karten geordnet werden. Und das von Rechts wegen.

Das Wachsen der europäischen Völker.

Europa hat seine Bevölkerung im letzten Jahrhundert mehr als verdoppelt. Sie betrug um das Jahr 1800 wahrscheinlich nicht ganz 180 Millionen und blieb 1900 nur um einen geringen Betrag von 400 Millionen enifernt. Die Zunahme war während des Verlaufs der Jahrzehnte nicht ganz gleichmäßig, am stärksten merklich gerade in den Jahrzehnten der Freiheitskriege, sank dann bis zum Jahre 1850, um nunmehr fast regelmäßig wieder anzusteigen. Das Wachstum der Bevölkerung im letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts war noch etwas größer als im zweiten, bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die Angaben, die Sarason über die Verchiebung der Bevölkerung in Europa in den Mittelungen der Wiener geographischen Gesellschaft macht. Es geht daraus hervor, daß bis gegen das Jahr 1870 die romanischen Völker die erste Stelle in Europa inne hatten, um sie dann endgültig an die germanischen abzutreten. Die Slawen nahmen bis zum Jahre 1890 noch ihrer Volkszahl erst den dritten Platz ein.

„Es scheint nicht gut gegangen zu sein. Dieser Brief ist vom zweitwanzigsten Juli, heute haben wir schon den zwanzigsten August. Ich kenne doch Enrico, hätten sie Erfolg gehabt, hätte ich schon längst wieder einen Brief. Es ist ihm dann ein Bedürfnis, von dem Sieg zu sprechen. Ach Gott, und ob es mich auch aufbringt, wenn diese Italiener siegen, so muß ich es ja doch fast wünschen.“ Sie drückte den Brief an ihr Gesicht. „Es ist so schrecklich, ohne Nachricht zu sein!“

„Also bei Schluderbach!“ Die Mutter versuchte, die junge Frau auf andere Gedanken zu bringen. „Weißt Du noch, Lili, wie wir in Schluderbach waren? Sieben Jahre werden es her sein. Auf der schönen Tiroler Reise, beim Anfang unserer Dolomiten-Tour? Wir kamen vom Dürrstein herunter, ein fürchterliches Gewitter hatte uns überrascht, Vater hatte sich Blasen an den Füßen gelaufen, ich schleppte mich zuletzt nur noch, trostlos kamen wir in Schluderbach an. Aber schon war's doch. Unsere Sachen mußten in den Trockenofen, der Hotelwirt half uns aus: Du bekamst das Sonntagsgewand von dem Tiroler Dirndl, der Stubenniagd. Beim Abendessen unten im Saal kam ein Herr an unsern Tisch — ein berühmter Maler — und bat, ob er dich malen dürfe. Weißt du noch, Lili?“

„Ich weiß es nicht. Ich weiß von nichts mehr. Sage nicht sieben Jahre — siebzehn Jahre sind es her!“ In einer trostlosen Gleichgültigkeit erfuhr die Stimme der jungen Frau. Sie zog die Stirn in Falten und ihre Augen blinzelten abwesend, wie mit ganz anderen Dingen beschäftigt.

Sie äußerte sich ruhig zeigend, aber innerlich durch eine unbestimmte Unruhe verstimmt, sagte die Mutter „Gute Nacht!“ Als sie unten an der Tür der Frau Krüger vorüberging, sah diese noch immer in der gleichen Stellung wie vorher, tief über den Tisch gebeugt. Vor ihr lag ein großer Kasten und daneben ein dickes Buch. Jetzt hob sie den Kopf. Das „Gute Nacht“ der Vorübergehenden hatte sie aufgeschreckt.

Frau von Voigt trat in die Tür. Sie wollte ihr ein paar freundliche Worte sagen: die Frau war sehr ordentlich, das Haus sehr sauber. „Nun, Frau Krüger, wie sind Sie denn mit meiner Tochter als Mieterin zufrieden? Ich hoffe doch: gut. Viel Lärm macht sie ja nicht.“

„Ich weiß es nicht.“ Die Frau sah sie mit ganz verlorenen Blicken an. Aber dann, wie sich wieder zur Gegen-

drängten danach aber die Romanen an die letzte Stelle zurück. Um das Jahr 1900 betrug die Zahl der germanischen Völker rund 128, die der Slawischen 121 und die der romanischen 107 Millionen. Die Slawen waren also nicht mehr weit davon entfernt, die Germanen einzuholen. Allerdings hatten sie sich in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts im Gegensatz zur ersten nicht ganz so stark vermehrt, wie die Germanen, jedoch wurde das ausschlaggebende Gewicht Rußlands mit seinem Geburtenüberschuß zugunsten der Slawen immer fühlbarer. Die Zunahme der Romanen war in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts im Verhältnis noch nicht halb so stark, wie die der anderen beiden Volksstämme. Auch über die Zunahme der Religionsbekenntnisse wird ein zahlenmäßiger Aufschluß gegeben. Die Zahl der Katholiken betrug im Jahr 1800 mehr als 65 Proz. der Bevölkerung Europas, im Jahre 1900 nur noch 45 Proz. Während der Anteil der griechisch-orthodoxen zu je 25 Proz. ungefähr gleich steht. Immerhin waren die Orthodoxen mit sämtlichen Sektten den Protestanten um etwa 5 Millionen überlegen.

Wie lange bleiben Samenkörner keimfähig?

Normalerweise glaubte man, Samenkörner könnten Jahrtausende hindurch ihre Keimkraft beibehalten, und verwies dabei auf den sogenannten „Mumienkeim“, Samenkörner, die in ägyptischen Pharaonengräbern gefunden worden waren und angeblich gekeimt hatten. Dies hat sich jedoch als Irrtum erwiesen; Samenkörner, die so alt sind, haben sicher ihre Keimfähigkeit verloren. Daß Samenkörner jedoch gelegentlich recht lange — mehrere Jahrzehnte hindurch — ihre Keimfähigkeit behalten, weiß jetzt Philippin im „Prometheus“ auf Grund einer Beobachtung auf der Insel Jöbe nach. Bei dem Orte Groß-Dunsum liegt nämlich in der Nähe des Strandes ein riesiger Rüchenschuppen, dessen Kulturschichten dem Zeiträume von etwa 1000 v. Chr. bis 1200 n. Chr. angehören. Während der Jahre 1898 bis 1906 hat Philippin Teile dieses Hauses eingehend untersucht und dabei neben alterhand Älterstern mehrfach Mühsamen aufgefunden. Bei den Untersuchungsarbeiten wurde die abgehobene Erde rückwärts in Haufen geworfen, so daß die oberen Erdschichten von den tiefer liegenden Kulturschichten bedeckt wurden. Nach kurzer Zeit keimten unzählige Rüben. Da man die fruchtbare Erde jetzt als Dünger auf die Felder gefahren hat, zunächst der verwilderte Mühsam überall als Unkraut, während vor drei Jahrzehnten dieses Unkraut auf Höhe noch unbelannt war. Freilich ist kaum anzunehmen, daß Samenkörner, die sieben Jahrhunderte alt waren, sich keimfähig erhalten hätten; man muß vielmehr zur Erklärung annehmen, daß auf Höhe vor vielen Jahrhunderten Mühsam als Kulturpflanze gebaut wurden, nach Verlassen der Anpflanzungen verwilderten und jahrhundertlang auf der alten Kulturschicht wucherten; als dann später der Boden wieder kultiviert wurde, rottete man das Unkraut aus; namentlich alle Unkrauter, die mit Senf und Federich Keimlichkeit hatten, wurden vernichtet; was doch bei den Infektoren eine gelegliche Strafe auf jede vorfindende Sensspitze geht! So verschwanden alle Samen des Unkrautes; aber tief unten blieben die Samen erhalten; dank ihrem Delikatessen blieben sie keimfähig. Welche Zeit sie im Erdboden gelegen haben, bis sie keimen konnten, läßt sich allerdings nicht angeben.

Notizen.

Die Freie Aussprache über Fragen der Theaterkultur, die der Ortsverband Groß-Berlin im Verbände zur Förderung deutscher Theaterkultur am Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im weißen Saale der Philharmonie (Königstr. 10) veranstaltet, bildet den Abschluß der Sessingtheaterversammlung vom 8. Januar. Freier Zutritt.

Das tägliche Brot Europas. Die „Continental Times“ bringt die folgende interessante Zusammenstellung der Brotverteilung in den verschiedenen europäischen Staaten jetzt zur Verteilung kommen: Deutschland und Oesterreich geben auf den Kopf und den Tag 290 Gramm, die Türkei 250 Gramm, Bulgarien 300 Gramm, England verteilt 280 Gramm, Italien 350 Gramm, Frankreich nach den neuesten Nachrichten nicht mehr als England. Soweit das tägliche Brot in Betracht kommt, sind also die Entente-Länder schlechter daran als die Zentralmächte, die jene auszuhungern hoffen. Das Bild wird nicht besser, wenn man Rußland nach den Entente-Ländern zurechnet. Rußland hat jeden Getreideexport verboten und hat dennoch Hungernot im Lande. Dagegen stehen die Zentralen glücklicher da. Dänemark gibt die größte Ration aus, nämlich 815 Gramm. Es folgt Norwegen mit 285 Gramm, Schweden, Holland und die Schweiz müssen sich mit 205 — 250 Gramm begnügen. Die britische Hungerungs-politik der Zentralmächte ist den Urhebern über den Kopf gewachsen. Sie hat das Geheiß einer Welt Hungernot heraufbeschworen.

Töchter der Heluba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Siebig.

„Das glaubst du ja selber nicht.“ Ein ungläubiges Lächeln zog die Mundwinkel von Frau Rossi herab. „Was könnte es mir auch nützen, Siege, Erfolge?“ Sie zuckte die Achseln. „Friede —?! Die Feindschaft, die einmal zwischen die Nationen gesetzt ist, wird dadurch nicht aus der Welt geschafft. Ich werde diesen Krieg nie verwinden.“ Sie feuchte, und dann ließ sie mit Leidenschaft heraus: „Versuchen werde ich ihn, solange ich lebe!“

„Aber Lili!“ Die Mutter versuchte mit glättender Hand über die zusammengewogene Stirn der Tochter zu streichen. „Du bist zu viel allein. Du hast zu viel Zeit zum Grübeln, Lili. Ich bleibe gern heute abend bei dir.“ Sie zog die Tochter ins Zimmer und setzte sich.

Aber Lili sagte müde: „Nein, nein, geh du nur nach Hause. Bei mir ist es nicht gut sein. Du bist froh und stark, hast ja auch alles Recht dazu — aber ich?“ Sie griff sich mit beiden Händen in das schöne blonde Haar. „Ich bin wie zerstückt. Hin und her gerissen zwischen Liebe und Abneigung. Zwischen Furcht und Hoffnung. So ein Sieg regt mich immer grenzenlos auf. Wenn sie läuten, ist mir's gerade, als läuteten sie zum Begräbnis von etwas mir Teuerem. Ich muß mir die Ohren zuhalten, ich kann es nicht anhören!“

Frau von Voigt sagte nicht „Armes Kind“, sie zog die Tochter auch nicht mitleidvoll in ihre Arme. Das würde ja nicht viel bessern; Lili mußte selber sehen, wie sie sich abfand, sich durchkämpfen. Nur sie allein konnte sich helfen aus diesem Zwiespalt ihrer Gefühle. So fragte sie nur, indem sie aufstand und sich schon wieder zum Fortgehen anschickte: „Hast du wieder einen Brief von deinem Mann?“

Es kam wie Belebung über die junge Frau. „Einen Augenblick noch, Mutter!“ Sie lief zu dem kleinen Schreibtisch und holte den Brief her. Unter die Hängelampe tretend, las sie ihn. Sie las ihn nicht ganz vor, nur ab und zu überflogte sie einen Satz. „Wir sind nicht mehr in der vorigen Stellung. Wir sind vorgeückt bis zum Monte Piano. Deshalb Schluderbach griffen wir gestern an.“ Die junge Frau drach ab, verlor sich in die Augen der Mutter

wort zurückfindend, stand sie auf: „Entschuldigen Sie! Ich habe die Frau Generalin nicht gleich erkannt.“

„Sie studierten so eifrig etwas?“

Die Krüger lächelte verlegen. „Ich wollte mir mal Korsika anschauen. Hier steht's im Buch.“ — Sie zeigte ein aufgeschlagenes Konversationslexikon — „Insel im Mittelmeer“. Aber ich kenne mir doch nicht recht aus; ich kann sie nicht finden.“ Sie wuschte mit dem Bettesinger hilflos auf der Landkarte herum.

„Hier.“ Frau von Voigt wies sie zurecht.

„Danke vielmals.“ Die Krüger war sichtlich erfreut; sie wurde gesprächig. „Da ist nämlich mein Sohn jetzt.“ Sie sah wie gebannt auf die hingewiesene Insel, die wie eine geballte Faust, die einen Finger ausstreckt, links vom italienischen Stiefel erscheint. Sie nickte verträumt: „Ich weiß ich doch wenigstens, wie es da aussieht. Sehr groß ist er nicht. Zweihundertneunzigtausendundachtundsechzig Einwohner hat ich gelesen; gebirgig und stark bewaldet. Täler sehr fruchtbar, aber schlecht angebaut. Na, Gustav wird schön lachen; schlecht angebaut ist man bei uns nicht gewohnt. Viehzucht und Fischfang, Thunfische — die kann ich nicht. Aber er wird sie schon mögen; er ah Fisch sehr gern. Mutter, doch grünen Kal“, sagte er immer; und Weinachten, polnische Karpen“. Die wird er da ja nicht kriegen.“

Frau von Voigt hätte lachen können: Korsika und grüner Kal und polnischer Karpen! Aber so lächerlich diese Zusammenstellung an sich war, in den Augen der Krüger war ein Ausdruck, der alles Komische verdrängte. Frau von Voigt glaubte nie so viel zweifelnde Sehnsucht, so viel frommen Glaubens und so viel ankammernde Hoffnung in einem Menschenbild gesehen zu haben. Das waren Augen, die Nächte um Nächte gemacht, viele Tränen vergossen hatten und noch viele mehr nicht angeweinte in sich verbargen. Augen, die sich fast blind gelesen hatten an den enggedruckten Daten langer Verlustlisten; Augen, die unentwegt voll bangender Liebe in die Ferne gespäht hatten; Augen, die nichts anderes mehr sahen, die nur nach dem einen blickten — Augen der Mutter, die auf den Sohn wartet.

Sie reichte der Krüger die Hand. Bewegt sah sie in das verführte Gesicht der Frau, das die Sorge geplagt hatte wie der Pfing den Aker. „Gute Nacht, daß der Krieg bald zu Ende ist! Das war heute wieder ein großer Sieg.“

(Fort. folgt.)

